

ARBEIT & BILDUNG

Kammer für Arbeiter und Angestellte für Kärnten

Martin Klemenjak, Heinz Pichler (Hrsg.)

„Vive l’Europe – es lebe Europa!“

Dokumentation der „Kärntner Gespräche
zur demokratiepolitischen Bildung 2017“

Donnerstag, 19. Oktober 2017
Konferenzsaal der AK Kärnten und
ÖGB/AK Bildungsforum, Klagenfurt am Wörthersee



ARBEIT & BILDUNG

Kammer für Arbeiter und Angestellte für Kärnten

Martin Klemenjak, Heinz Pichler (Hrsg.)

„Vive l'Europe – es lebe Europa!“

**Dokumentation der „Kärntner Gespräche
zur demokratiepolitischen Bildung 2017“**

Donnerstag, 19. Oktober 2017
Konferenzsaal der AK Kärnten und
ÖGB/AK Bildungsforum, Klagenfurt am Wörthersee

Inhalt

Günther Goach Vorwort des Präsidenten der Arbeiterkammer Kärnten	3
Martin Klemenjak/Heinz Pichler Einleitende Bemerkungen zur Tagungsdokumentation	4
Horst Peter Groß Vive l'Europe! – Soziale, wirtschaftliche, kulturelle und demokratiepolitische Befunde	6
Solène Dengler/Nini Tsiklauri „Europa braucht uns: jetzt heißt es anpacken“ – Pulse of Europe	18
Heinz Pichler Transkription ausgewählter Inhalte des moderierten Gesprächs zum Tagungsthema mit dem ehemaligen Bundespräsidenten Dr. Heinz Fischer, Teresa Präauer und Landeshauptmann Dr. Peter Kaiser	25
Hajnalka Nagy/Josefine Scherling Europäische Identitäten in Bewegung. Konzepte, Bilder, (In)Fragestellungen	37
Susanne Dungs/Martin Klemenjak Das Projekt Europa: zwischen Zusammenbruch und Neuaufgabe .	49
Stefan Vater/Katharina Zimmerberger Angst vor der Demokratie? Wie Neoliberalismus, Experten und behauptete Krisen unser Leben verändern	60
Marcus Strohmeier/Martin Gressl Soziales Europa – Fiktion oder Chance?	72
Solène Dengler/Nini Tsiklauri/Florian Kerschbaumer Europe Lab: Gemeinsam Europas Zukunft gestalten	75
Kurzbiographien der AutorInnen bzw. ReferentInnen	79



Günther Goach
Präsident der
Arbeiterkammer Kärnten

Vorwort

Demokratiepolitische Bildung muss nach Ansicht der Arbeiterkammer einen bedeutenderen Stellenwert im allgemeinen Bildungskanon einnehmen. Schulen, Fachhochschulen, Universitäten, die Einrichtungen der Erwachsenenbildung und die Interessenverbände sind aufgerufen, demokratisches Handeln in der Aus- und Weiterbildung durch die Aufbereitung methodisch-didaktischer Inhalte zu verdeutlichen und ihren Lehrenden und Multiplikatoren ein Angebot dazu bieten.

Die Entwicklungen der jüngsten Vergangenheit haben Europa in eine Phase der Orientierungslosigkeit manövriert. Außen (-politisch) gefordert, im Inneren von nationalistischen Bewegungen bedroht und ökonomisch sowie sozial gespalten, erscheint der Punkt erreicht zu sein, in der die Idee eines gemeinsamen Europas zu zerbrechen droht. Anstatt einen Nachruf zu formulieren, wäre es jetzt an der Zeit – 60 Jahre nach Unterzeichnung der römischen Verträge – der einstigen Vision neuen Glanz zu verleihen. Doch welche Impulse sind hierfür notwendig? Wie ließe sich ein Europa gestalten, das das Vertrauen und die Begeisterung seiner BürgerInnen verdient?

Unser Einsatz gilt einem Europa, das einer gelebten demokratischen Gemeinschaft entspricht und für soziale Gerechtigkeit eintritt. Ein Europa, das sich seiner Rolle in der Welt bewusst ist und für eine nachhaltige globale Entwicklung sowie für die Wahrung der Menschenrechte steht.

Diese und viele weitere Aspekte wurden im Rahmen der Kärntner Gespräche zur demokratiepolitischen Bildung 2017 diskutiert und unter dem Motto „Es lebe Europa“ konkrete Ideen und Forderungen für die Zukunft entwickelt. Mit dieser Veranstaltungsserie möchte die Arbeiterkammer Kärnten einen Beitrag zur Förderung und Stärkung von demokratischen Werten leisten.

Mein besonderer Dank gilt der Veranstaltergemeinschaft – dem Universitätsclub Wissenschaftsverein Kärnten, der Pädagogischen Hochschule Kärnten-Viktor-Frankl-Hochschule, der Fachhochschule Kärnten, dem VÖGB, der VHS-Kärnten und dem Land Kärnten sowie allen Beteiligten, die sich aktiv an dieser Veranstaltung mitwirkten.

Günther Goach
Präsident der Arbeiterkammer Kärnten

Martin Klemenjak/Heinz Pichler

Einleitende Bemerkungen zur Tagungsdokumentation

Im Jahr 2017 wurden die „Kärntner Gespräche zur demokratiepolitischen Bildung“ zum fünften Mal im Rahmen einer wissenschaftlichen Fachtagung im Konferenzsaal der Arbeiterkammer Kärnten und im ÖGB/AK Bildungsforum in Klagenfurt organisiert und durchgeführt. Der Themenschwerpunkt der Veranstaltung lautete diesmal: „Vive l’Europe – es lebe Europa!“.

Das Organisationsteam der „Kärntner Gespräche 2017“ wurde erweitert und setzte sich aus VertreterInnen folgender Institutionen zusammen: Arbeiterkammer Kärnten, Fachhochschule Kärnten/ Studiengang Soziale Arbeit, Pädagogische Hochschule Kärnten – Viktor Frankl Hochschule, Verband Österreichischer Gewerkschaftlicher Bildung, Die Kärntner Volkshochschulen, Landesschulrat für Kärnten und dem Universitäts.club|Wissenschaftsverein Kärnten.

Zum Inhalt der Fachtagung: Die Entwicklungen der jüngsten Vergangenheit haben Europa in eine Phase der Orientierungslosigkeit manövriert. Außenpolitisch gefordert, im Inneren von nationalistischen Bewegungen bedroht und ökonomisch sowie sozial gespalten, erscheint der Punkt erreicht zu sein, an dem die Idee eines gemeinsamen Europas zu zerbrechen droht. Anstatt einen Nachruf zu formulieren, wäre nun die Gelegenheit – 60 Jahre nach Unterzeichnung der römischen Verträge – der einstigen Vision neuen Glanz zu verleihen.

Doch welche Impulse sind hierfür notwendig? Wie ließe sich ein Europa gestalten, das das Vertrauen und die Begeisterung seiner BürgerInnen verdient? Ein Europa, das einer gelebten demokratischen Gemeinschaft entspricht und für soziale Gerechtigkeit eintritt. Ein Europa, das sich seiner Rolle in der Welt bewusst ist und für eine

nachhaltige globale Entwicklung sowie für die Wahrung der Menschenrechte steht.

Diese und viele weitere Aspekte wurden im Rahmen der „Kärntner Gespräche zur demokratiepolitischen Bildung 2017“ diskutiert und unter dem Motto „Es lebe Europa“ wurden konkrete Ideen und Forderungen für die Zukunft entwickelt.

Die hiermit vorliegende Dokumentation versucht sowohl die beiden Key Notes von Horst Peter Groß sowie Solène Dengler und Nini Tsiklauri, das moderierte Gespräch mit dem ehemaligen Bundespräsidenten Dr. Heinz Fischer, der Autorin und bildenden Künstlerin Teresa Präauer und Landeshauptmann Dr. Peter Kaiser zu verschriftlichen, als auch einen Einblick in die fünf – parallel realisierten – Workshops zu geben.

Zum Aufbau der Dokumentation: Die Key Note von Horst Peter Groß trägt den Titel „Vive l’Europe!“ und widmet sich sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen und demokratiepolitischen Befunden. Solène Dengler und Nini Tsiklauri gehen auf „Pulse of Europe“ näher ein, denn „Europa braucht uns: jetzt heißt es anpacken“. Heinz Pichler fasst in seinem Beitrag ausgewählte Inhalte des moderierten Gespräches mit dem ehemaligen Bundespräsidenten Dr. Heinz Fischer, der Autorin und bildenden Künstlerin Teresa Präauer und Landeshauptmann Dr. Peter Kaiser zusammen. Der Beitrag von Hajnalka Nagy und Josefine Scherling trägt den Titel „Europäische Identitäten in Bewegung. Konzepte, Bilder, (In)Fragestellungen“. Susanne Dungs und Martin Klemenjak widmen sich dem „Projekt Europa: zwischen Zusammenbruch und Neuaufgabe“. Stefan Vater und Katharina Zimmerberger skizzieren in Ihrem Beitrag „Angst vor der Demokratie?“ wie Neoliberalismus, Experten und behauptete Krisen unser Leben verändern. Marcus Strohmeier und Martin Gressl gehen folgender Frage nach: „Soziales Europa – Fiktion oder Chance?“. Abschließend beschreiben Solène Dengler, Nini Tsiklauri und Florian Kerschbaumer das Europe Lab, mit der Zielsetzung, gemeinsam Europas Zukunft zu gestalten.

Die Herausgeber der vorliegenden Publikation bedanken sich bei allen beteiligten Institutionen und den Mitgliedern des Organisationsteams für die konstruktive Mitarbeit. Ein großer Dank gebührt der Arbeiterkammer Kärnten, insbesondere für die Bereitstellung der finanziellen und räumlichen Ressourcen. Dadurch war es möglich, eine Fachtagung in dieser Dimension auch erfolgreich durchführen zu können.

Horst Peter Groß

Vive l'Europe! – Soziale, wirtschaftliche, kulturelle und demokratiepolitische Befunde

Bearbeitete schriftliche Fassung des Vortrags vom 19. Oktober 2017 im Rahmen der „Kärntner Gespräche zur demokratiepolitischen Bildung 2017“. Es gilt das gesprochene Wort.

1.

Im Jahre 2017 hat die Europäische Union gefeiert: Vor 60 Jahren, am 25. März 1957, wurden die „Römischen Verträge“ unterzeichnet. Sie waren der Beginn eines Prozesses, der Europa von der ursprünglichen Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) in die Europäische Union geführt hat. Eine Erfolgsgeschichte mit dem Ziel der Überwindung egoistischer nationalstaatlicher Interessen hin zu einem gemeinsamen Wirtschafts-, Friedens- und Wohlstandsprojekt!

Doch wie steht Europa heute da? Was ist aus dem „blühenden Europa der Regionen“ geworden, das so viele von uns inspiriert hatte?

Innereuropäische Grenzen, die schon offen waren, wurden wieder aufgezogen. Nationale wirtschaftspolitische Interessen werden über Steuer- und Standortwettbewerbe ausgetragen, die überwiegend den Interessen internationaler Konzerne dienen. Auch Steuer-oasen werden nicht geschlossen. Das „Beispiel Griechenland“ infolge der Wirtschaftskrise 2008 bzw. der Umgang Europas (der Troika) mit diesem Land hat nicht nur gezeigt, wie unterschiedlich die Wirtschaftskraft verschiedener europäischer Staaten noch ist, sondern auch, wie weit es mit sozialer Solidarität wirklich steht. Dies zeigt sich auch an den oft für uns irritierend nationalistischen Standpunkten der Visegrád Staaten in bestimmten Fragen. Schließlich hat uns der Brexit drastisch vor Augen geführt, dass der Prozess der Europäischen Union auch umkehrbar sein kann.

Europa scheint zur Zeit offenbar orientierungslos zu sein. – Jedenfalls lassen sich kaum mehr Themen ausmachen, die eine große gemeinsame Mehrheit finden. Der Geist der Gemeinschaft verflüchtigt sich vielmehr in vereinzelt Appellen.

Angesichts der großen Herausforderungen in einer zunehmend komplexen Welt stellt sich daher die Frage, ob wir (und die Politik) nicht nur inhaltlich überfordert sind, also aufgrund der „großen Themen“, die sich in unserer globalisierten Welt stellen, sondern auch hinsichtlich der Frage, wie wir den Prozess der gemeinsamen Entscheidungsfindung gestalten sollen? Es stellt sich also die Frage, wie wir in Europa über unsere Kommunen, Bezirke, Regionen und Länder hinaus kommunizieren müssten, um zu gemeinsam getragenen und vernünftigen Entscheidungen zu kommen.

2.

Als Philosoph erlaube ich mir daher, Ihre Aufmerksamkeit auf die Frage zu lenken, wie wir in Europa vernünftige kollektive Entscheidungen zustande bringen, die von einer breiten Mehrheit mitgetragen werden.

Ein profunder und erfahrener EU-Insider, mit dem ich vor einigen Tagen persönlich zu tun hatte, hat mir mitgeteilt, dass eines der Hauptprobleme der EU das Kommunikationsproblem sei – nicht, weil es so viele unterschiedliche Sprachen gibt, sondern weil es so schwierig ist, aufgrund der Verfassung der EU und wegen der vielfältigen unterschiedlichen Einzelinteressen, zu gemeinsamen Entscheidungen zu kommen, und: weil das Kommunikationsbudget zu jenen gehöre, das vom EU-Rat immer wieder als erstes gekürzt werde. Die Ratsmitglieder (Regierungschefs) kommunizieren ohnehin lieber selbst ihre eigene Version, wenn sie von einem EU-Gipfel in ihre jeweiligen Länder zurückkommen. Somit kommt es dazu, dass wir nicht ganz „ausgewogen“ und nicht „aus erster Hand“ erfahren, was in Brüssel oder Straßburg tatsächlich geschieht. Umgekehrt wissen auch die, die in Brüssel für „uns“ arbeiten, nicht, was die Menschen in Europa tatsächlich wollen.

Um diese Kluft zu verdeutlichen, stelle ich hier die Frage in den Raum, wer von Ihnen überhaupt weiß, von wem Sie konkret in Brüssel oder Straßburg vertreten werden?

Ich halte also thesehaft fest: Wir haben es in der EU mit einem Kommunikationsproblem, einem Entscheidungsproblem und einem Komplexitätsproblem zu tun. Vielleicht sind wir in EU-Zusammen-

hängen, allein schon angesichts der Komplexität und Größe dieses „Sozialkörpers“, überfordert, zu kollektiven Entscheidungen zu kommen?

3.

Um dies zu begründen, möchte ich ein wenig ausholen: Im Laufe unserer Menschheitsgeschichte haben wir (hat der Homo sapiens) überwiegend in Gruppen, Horden und Clans gelebt, und die Kommunikation, die in diesen Sozialformationen notwendig war, um die Gemeinschaft zusammen zu halten, war eine gänzlich andere als jene Kommunikation, die notwendig wäre, um heute in Europa mit Fragen zur Klimaveränderung angemessen umzugehen oder in Zusammenhang mit den Flüchtlingsströmen politisch machbare, wirtschaftlich tragfähige und menschlich solidarische Lösungen zu verhandeln.

Zudem waren die Menschen den überwiegenden Teil ihrer Geschichte nie so mobil wie wir mit unseren modernen Verkehrsmitteln. Wanderungsbewegungen der Menschen fanden zwar statt, aber viel langsamer und vielfach über Generationen hinweg; sie sind also mit den massenhaften und kurzfristigen Reisegewohnheiten und der berufsbedingten Mobilität des 21. Jahrhunderts nicht vergleichbar. Noch in der Neuzeit (menschheitsgeschichtlich erst vor verschwindend kurzer Zeit) haben die Menschen überwiegend am Land, in kleinen Dörfern und Städten gelebt und sind oft ihr Leben lang nicht aus ihren Tälern, über ihr überschaubares regionales und soziales Umfeld, hinausgekommen. Es gab für die Masse der Menschen einfach nicht die Möglichkeiten dazu, aber auch nicht die Notwendigkeit. Auch die Gründung der Nationalstaaten im 18. Jahrhundert hat nicht wirklich dazu geführt, dass die Menschen mobiler geworden sind; denn damit wurden Grenzen aufgezogen, die man in manchen Regionen zuvor nicht kannte. Um der Idee der Nation eine Identität zu verleihen, musste man sich vielmehr nach außen hin abgrenzen, Feindbilder suchen – das waren in der Regel Minderheiten ethnischer oder kultureller Art, aber auch die anderen Nationen.

In all diesen genannten Sozialformationen, beginnend mit der Jagdgruppe und Horde vor zumindest 100 000 Jahren, über sesshafte Gruppen und Clans im Neolithikum und bis ins Mittelalter hinein, in gewisser Weise auch noch in den abgeschotteten Nationalstaaten, war daher das Neue, die Veränderung, das Andere, das Fremde, das Unbekannte, immer mit Angst und Risiko verbunden. Diese Ängste sind tief in uns verwurzelt, diese „archaischen Muster“, die

wir in Ausnahmesituationen beinahe automatisch abrufen, sind auch heute noch im Spiel, nicht nur, wenn es um existenzielle Fragen oder unsere Sicherheit geht, sondern auch, wenn sich neue Situationen ergeben, mit denen man nicht genau umzugehen weiß. Populismus arbeitet ganz gezielt damit, spricht vielfach genau diese Ängste an, und somit werden auch in Europa wieder Feindbilder und Grenzen aufgebaut, obwohl man sich eigentlich vorgenommen und darauf verständigt hatte, die großen Herausforderungen unserer Zeit, die auf lokaler und regionaler Ebene nicht zu bewältigen sind und ohnehin die nationalstaatlichen Möglichkeiten übersteigen, als Union zu meistern. – Doch unsere archaischen Reaktions- und Kommunikationsmuster sind dafür erfahrungsgemäß wenig geeignet.

4.

Dazu kommt aber noch ein anderer Befund: In Zeiten der ICH-AG, in der man sich im Wettbewerb möglichst profilieren, mehrfach qualifizieren und durchsetzen muss, verlieren die Menschen immer mehr ihre Bindungen an die Gemeinschaft, an ihr Umfeld, die Arbeit, die Region.

Für Oskar NEGТ, einer der profiliertesten deutschen Soziologen, der auch schon hier in der AKK zu Gast war, sind es insbesondere 3 Entwicklungen, welche die Menschen bzw. eine Gesellschaft auseinanderreiben: Zunächst einmal ist es die Polarisierung, die nicht zuletzt über den Populismus angeheizt wird, wie die Polarisierung zwischen Arm und Reich, das Primat des Konkurrenzprinzips bis hin zum Vernichtungswettbewerb, oder auch betriebswirtschaftliche Kennzahlen, die inzwischen beinahe alle Lebensbereiche bewerten und Qualität zunehmend auf Quantifizierbares reduzieren – beispielsweise auch die Qualität der Bildung auf quantitativ messbare Standards. Zweitens sind es die Flexibilisierungsideologien, d.h. die Zugriffe auf die Widerstandsfähigkeit des Subjekts. Je flexibler wir sind, umso größer sind vermeintlich unsere Chancen, irgendwo auf der Welt einen Job zu finden, heißt es. Richard Sennet hat diese „Zumutung“ in seinem Buch „Der flexible Mensch“ sehr gut beschrieben. Auch die Digitalisierung trägt zur Fragmentierung des Menschen in seiner Arbeitsumwelt bei. Das Dritte sind die Strategien der Abkoppelung, wie wir sie beispielweise am BREXIT gerade erleben müssen, doch auch die Art und Weise, wie Europa mit Griechenland infolge der Wirtschaftskrise verfahren ist. Es werden Regionen bis hin zu Nationalstaaten ausgegrenzt und die Menschen gegeneinander ausgespielt. Hier spielen beispielsweise Ratingagenturen eine ganz entscheidende Rolle, indem sie über die

primär ziffernmäßige Bewertung gleichsam die „Munition“ für diese Polarisierung liefern.

Was aber könnte umgekehrt das sein, was eine (demokratische) Gesellschaft zusammenhält? Dazu sagt Oskar Negt ganz klar und prägnant: Ohne Sozialstaat keine Demokratie!

Die Forderung nach einem solidarischen Sozialstaat ist also keine Frage der Ideologie (auf die sie zumeist reduziert wird), sondern vielmehr ein gesamteuropäischer Lernprozess, den wir durchmachen müssen, um demokratische Entwicklung zu ermöglichen. Das Auftreten gegen den zunehmenden Abbau dieser europäischen Errungenschaft, die nicht nur bei uns in Österreich, sondern vorbildhaft insbesondere in bestimmten nordeuropäischen Staaten breiten Wohlstand und sozialen Frieden geschaffen hat, ist somit also eine demokratiepolitische Notwendigkeit.

5.

Es gibt drei Machtsphären in unserer Gesellschaft, die unmittelbar miteinander verbunden sind: Das ist zunächst einmal die Sphäre des Rechtsstaates, die in vielen an die Europäische Union angrenzenden Ländern noch nicht errichtet oder außer Kraft gesetzt ist, allerdings inzwischen auch in gewissen Ländern innerhalb der EU massiv untergraben oder behindert wird (Ungarn, Polen, Rumänien, ...). Dann ist es das Potenzial unserer sozialen Errungenschaften (deren Standards allerdings zunehmend abgebaut werden), und zum dritten ist es die Demokratie. Auf diesen Säulen steht unsere Gesellschaft, und zu diesen drei Eckpfeilern brauchen wir diesen gesamteuropäischen Lernprozess, der über die Nationalstaaten hinausgeht. Der Abbau des Sozialstaates beispielsweise hat zur Folge, dass ein Sicherheitsstaat aufgebaut werden muss, d.h.: Das, was wir an sozialen Kosten einsparen, muss andererseits zum Aufbau des Sicherheits- und damit auch Überwachungsstaats verwendet werden.

Doch in welcher Gesellschaft wollen wir lieber leben?

Ulrike Herrmann (die Wirtschaftsredakteurin der Tageszeitung taz) hat anlässlich der Veranstaltung „Wage zu denken“ heuer am Weisensee im Hinblick auf die Entwicklung von Staaten (weltweit) folgendes Muster präsentiert: Zuerst kommt der Wohlstand (auch wenn es eine bescheidene Wohlstandsentwicklung ist), dann erst die Demokratie! Wenn die Menschen nichts zu essen haben, macht es wenig Sinn, mit ihnen über Demokratie zu sprechen.

Zweitens: Zuerst Wohlstand, dann steigt auch die Lebenserwartung.

Drittens: Zuerst Wohlstand, dann erst stellen sich Fragen der Gleichberechtigung, wie jene zwischen Mann und Frau, aber auch nach der Solidarität mit beeinträchtigten oder benachteiligten Personen.

Und schließlich viertens: Zuerst Wohlstand, dann Bildung!

Daher ist eine der vorrangigen Herausforderungen der EU und ihrer Mitgliedsländer, zunächst für ein Mindestmaß an Wohlstand (für alle Bevölkerungsteile) zu sorgen, damit Demokratie, steigende Lebenserwartung, Gerechtigkeit und Bildung überhaupt ermöglicht werden.

Dazu braucht es Investitionen und angemessene Löhne. Gleichzeitig dürfen wir dabei aber nicht vergessen – und das ist ein Aspekt, der vielfach sträflich vernachlässigt wird: Wir leben in einer Welt, die (noch immer) an grenzenloses Wirtschaftswachstum glaubt. Doch mit dem damit einhergehenden ausbeuterischen Natur- und Ressourcenverbrauch stoßen wir hier an natürliche Wachstumsgrenzen, an die Grenzen der Belastbarkeit von Natur und Umwelt. Hier erleben wir ein scheinbar unlösbares Dilemma, für das nicht nur wir ein kollektives Kommunikations- und Entscheidungsproblem haben, sondern vielfach sogar mangelndes Bewusstsein.

Es gibt viele Themen, zu denen die Zivilgesellschaft hier in Kärnten, in den Regionen und Gemeinden Stellung nehmen und in den Entscheidungsprozess eingreifen könnte – mehr noch: sollte! – als wir es tatsächlich tun. Es gibt aber Aufgabenstellungen und Probleme, auf die wir direkt keinen Einfluss haben, und genau dafür brauchen wir ein politisch starkes, gemeinsames Europa: Damit unsere Stimme in der Welt auch entsprechende Geltung bzw. Gewicht bekommt. Beide Ebenen und Sichtweisen sind berechtigt und wichtig, jede für sich braucht aber eine unterschiedliche Kommunikationsstrategie und unterschiedliche Kommunikationsinstrumente.

6.

Was sind nun die großen Herausforderungen der Europäischen Union?

Zunächst einmal ist eine der großen Herausforderungen der Brexit und seine Folgen, die heute noch nicht wirklich abzusehen sind. Das Vereinigte Königreich Großbritannien war Nettozahler, die Universitäten Oxford und Cambridge sind die einzigen europäischen Universitäten unter den zehn besten der Welt. Wir werden uns nicht nur gegenseitig wirtschaftlich schwächen, es geht auch um die

zukünftige Forschungszusammenarbeit, die für die Wettbewerbsfähigkeit Europas von größter Bedeutung ist.

Die zweite Herausforderung – aus Zeitgründen führe ich die Herausforderungen hier nur schlagwortartig an – ist die gemeinsame Flüchtlingspolitik. Diese wird wahrscheinlich der große Test sein, ob wir, d.h. die Staaten in Europa, noch eine Zusammenarbeit wollen und auch zustande bringen. Da geht es nicht nur um eine gemeinsame Kontrolle der Außengrenzen, um eine einheitliche Rückführungspolitik, um das Durchsetzen von gemeinsamen Umverteilungsregelungen, sondern auch um so etwas wie einen Marshall-Plan mit Afrika, damit nicht nur an den Symptomen kuriert wird, sondern auch die Ursachen bekämpft werden.

Eine ganz heikle Angelegenheit, weil die aktuelle Wirtschaftsstrategie auslaufen wird, ist die Vereinbarung über den weiteren wirtschaftlichen Wachstumskurs für Europa. Der schwächste Punkt der europäischen Forschungs- und Wirtschaftspolitik betrifft die Frage, wie wir aus unserem technologischen Vorsprung auch verkauf- und verwertbare Produkte machen. Wir haben dafür in Europa zu wenig Risikokapital. Nach der Finanzkrise 2008 hat sich Europa einen Sparkurs verordnet, mit teilweise erschreckenden Auswirkungen (man denke an die soziale Tragödie in Griechenland), während die USA eine investitionsorientierte Politik betrieben haben. Ich möchte die USA keinesfalls als Vorbild darstellen, dazu sind die sozialen Probleme dort viel zu prekär, aber die USA haben – allen neoliberalen Parolen zum Trotz, die von dort aus propagiert und in Europa aufgegriffen wurden – ein völlig anderes wirtschaftspolitisches Investitionsprogramm verfolgt, das übrigens einige Wirtschaftswissenschaftler auch bei uns – vergeblich – eingefordert haben.

Dann sind da noch die Außenpolitischen Herausforderungen der EU: Da geht es um die Türkei-Frage, die Nachbarschaftspolitik in Europa (Naher Osten, Nordafrika, Russland und Ukraine, ...) oder die transatlantischen Beziehungen angesichts Trump, nicht zu vergessen China. Die Bedeutung Europas geht zurück, nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch verlieren wir an Gewicht. Und auch die Europäische Sicherheitsstrategie ist völlig unklar und muss, wiederum wegen Trump, auf eine neue, eigenständige Basis gestellt werden. Ironischer Weise verfügt Europa über drei Flugzeugträger, einen in Frankreich, zwei in England – die sind mit dem Brexit nun weg. Es gibt also auch hier offene Fragen, ob Europa überhaupt Flugzeugträger braucht, wäre natürlich auch eine Frage

... – aber es geht hier auch um die Eigenständigkeit und Unabhängigkeit Europas in einer Welt, die sich leider weiter aufrüstet.

Die nächste große Herausforderung: Der Klimawandel und die Folgen. Bis 2050 müssen wir die Dekarbonisierung schaffen, und in diesem Zusammenhang stellt sich insbesondere auch die Frage nach der notwendigen Transformation der Wirtschaft: Wie kann man daraus ein erfolgreiches und nachhaltiges Geschäftsmodell machen? – Das ist eine noch völlig offene Frage.

Ein letzter Punkt, den ich noch erwähnen möchte: Die Digitalisierung, die man nicht nur negativ sehen darf, denn da wird es auch viele positive Entwicklungen geben. Aber, man muss sie differenziert betrachten, weil sie sich erwartungsgemäß massiv auch auf die Arbeitswelt auswirken wird (Stichworte: Robotik, Künstliche Intelligenz, Industrie 4.0). Die Frage, die sich in diesem Zusammenhang stellt ist, wie sich die zukünftige Entwicklung auf die Beschäftigung auswirken wird und ob wir dazu entsprechende gesellschaftspolitische Antworten finden (Stichworte: Wertschöpfungsabgabe; Grundeinkommen etc.).

7.

Aber!

Alle diese angesprochenen Herausforderungen weisen bedauerlicher Weise eine Gemeinsamkeit auf: All diese komplexen Probleme sind mit der Praxis der Politik schlecht kompatibel! Zum einen, weil sie widersprüchlich sind, d.h.: Es gibt dafür keine einfachen, eindeutigen Lösungen (diese werden aber von der Masse der Wähler erwartet), sondern unterschiedliche Sichtweisen und Interessenskonflikte. Zum anderen erfordern diese Problemstellungen eine langfristige Orientierung und einen langen Atem, bis sich erkennbare Erfolge einstellen, während die Politik (gezwungenermaßen?) kurzfristig orientiert ist, angebunden an Wahlperioden, in denen sie alle 3 bis 5 Jahre Rechenschaft ablegen und die Wähler im wahren Sinne des Wortes „einstimmen“ muss. Dabei ist immer wieder festzustellen: Wahlzeiten sind nicht gekennzeichnet durch den übermäßig vernünftigen Gebrauch des Verstandes (das betrifft sowohl Politiker als auch Wähler)!

Daher kann man die Zukunftsgestaltung nicht allein der Politik überlassen!

Die Politik spielt zwar eine wichtige Rolle, doch hier sind auch die Wissenschaft, die Wirtschaft, die engagierte Zivilgesellschaft auf-

gerufen, sich inhaltlich aktiver einzubringen. Die Stimme bei der Wahl abzugeben reicht heute offenbar nicht mehr aus. Dies ist grundsätzlich zwar richtig und wichtig: In der Demokratie hat der Wähler das letzte Wort!

Wie aber informiert dieser sich?

Geht es nicht zunehmend nur mehr um Persönlichkeitswahlen, bei denen Politiker sich populistisch positionieren, indem sie die Ängste der Menschen ansprechen und sich als Beschützer ihrer Interessen präsentieren? Geht es überhaupt noch um Inhalte? Erinnern Sie sich an die Inhalte der unzähligen TV-Diskussionen bei der letzten Nationalratswahl, oder eher an die gegenseitigen persönlichen Angriffe?

Zugegeben: Im Wahlkampf auf die inhaltliche Problematisierung von komplexen Herausforderungen zu setzen ist tatsächlich heikel und hinsichtlich der Chancen, damit Wahlen zu gewinnen, wenig erfolgversprechend, weil die Themen, um die es geht, vielfach verbunden sind mit – wie wir es philosophisch bezeichnen – notwendigen Widersprüchen (Aporien), für die es, wie schon gesagt, keine eindeutig richtigen Antworten im Sinne der Logik geben kann. Die Logik besagt ja: Wenn zwei Aussagen sich widersprechen und beide für sich in Anspruch nehmen, dass sie richtig sind, muss zumindest eine davon falsch sein.

In sozialen Fragen, in Fragen zur Lebensgestaltung, zur Zukunftsgestaltung, in Fragen des Umgangs der Generationen miteinander, gibt es aber keine eindeutige Entscheidung, keine einzig richtige Lösung, sondern nur Vereinbarungen, auf die man sich einigen muss. „Soziale Wahrheit“ ist das Ergebnis eines Aushandlungsprozesses! Erst wenn man über diesen Prozess einen Kompromiss gefunden hat, kann man entsprechende Aktivitäten setzen, durch die beide Seiten möglichst zur Geltung gebracht werden können. Dabei muss man allerdings wissen – und das ist sehr wichtig (!) – dass der dahinterliegende Grundwiderspruch damit nicht endgültig aufgelöst ist, sondern sich immer wieder neu einstellt: dass dies also nur „Lösungen auf Zeit“ sind. Es handelt sich dabei um sogenannte „anthropologische“ Grundwidersprüche, mit denen die Menschen, seit es sie gibt, immer schon konfrontiert waren und auch zukünftig konfrontiert sein werden, weil diese an das „Wesen des Menschen“ gebunden sind. In dieser Hinsicht bezeichne in den Menschen in Anlehnung an den Philosophen Peter Heintel als ein Widerspruchswesen.

Einer dieser anthropologischen Grundwidersprüche ist der Widerspruch von Mensch und Natur. Der Mensch als „in die Natur geworfenes Subjekt“ musste sich zu allen Zeiten sein Überleben in der Natur sichern. War die Natur über Jahrtausende eine zum Teil übermächtige Bedrohung, sind wir heute so weit, dass wir die Natur fast völlig „unterworfen“ haben. Die Eingriffsmacht des Menschen im 21. Jahrhundert ist bereits so groß, dass überlegt wird, das nächste erdgeschichtliche Zeitalter als „Anthropozän“ zu bezeichnen: Als das geologische „Zeitalter des Menschen“. Heute gibt es so etwas wie eine vom Menschen unberührte Natur gar nicht mehr! Institutionell wird der Widerspruch von Mensch und Natur heute von der Wissenschaft (insbesondere Naturwissenschaft und Technik) verwaltet, tatkräftig unterstützt von der Wirtschaft, die daraus ihre Produkte generiert.

Ein weiterer Grundwiderspruch ist jener von Jung und Alt. Den Generationenkonflikt wird es geben, solange es Menschen gibt, und der Umgang miteinander wird auch in Zukunft immer wieder neu zu verhandeln sein. Er stellt sich gegenwärtig auch in unterschiedlichen Kulturen höchst unterschiedlich dar und wird dort vielfach auch von einem weiteren Grundwiderspruch überlagert (Widerspruch von „Leben und Tod“), der historisch unterschiedliche religiöse Gemeinschaften und Institutionen hervorgebracht hat, die zum Teil wieder dafür benutzt werden, um eine säkulare Entwicklung zu bekämpfen (z.B. der „Islamische Staat“).

Die Politik hat mit diesen grundsätzlichen Widersprüchen ein Problem, weil – wie bereits gesagt – insbesondere in Wahlzeiten einfache, klare Antworten gefragt sind. Doch die Herausforderungen, vor denen wir heute in Europa stehen, verlangen, dass auf unterschiedlichen sozialen Ebenen gemeinsam getragene Antworten gefunden werden müssen, und seien sie nur auf Zeit.

Dabei stellt sich die Frage, wo die dafür notwendigen Verhandlungsprozesse stattfinden bzw. wie diese gestaltet sein müssen? In den Familien, in den Unternehmen, in den Organisationen, am Marktplatz, in den Medien, im Parlament? Wenn man sieht, wie ritualisiert die öffentliche politische Diskussion – im Parlament und insbesondere über die Medien – abläuft, dann fragt man sich zurecht, ob bzw. wo eine wirkliche inhaltliche Auseinandersetzung stattfindet und wie weit überhaupt der Versuch gemacht wird, die Interessen nicht nur über die Macht der Mehrheit bzw. des Stärkeren durchzusetzen, sondern sich so abzustimmen, dass tragfähige Kompromisse für alle Stakeholder zustande kommen.

8.

Vorschläge, wie die Europäische Union in Zukunft wieder besser handlungsfähig werden soll, liegen inzwischen zur Genüge auf dem Tisch: Anlässlich der 60-Jahr-Feier zu den „Römischen Verträgen“ wurde das „Weißbuch zur Zukunft Europas“ vorgelegt. Darin werden 5 Szenarien vorgestellt, die ich hier im Detail nicht ausführen werde. – Sie können diese ja nachlesen.

Mir geht es um etwas anderes.

Interessanter Weise hat nämlich kurze Zeit nach diesem Weißbuch Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker seine Vorstellungen zur Zukunft Europas präsentiert. Dieser sogenannte „Juncker-Plan“ zur Investitionsoffensive Europas ist so etwas wie ein 6. Szenario. Darin sind einerseits sehr allgemeine Forderungen enthalten wie „Mehr geeint, stärker, demokratischer“ (allseits passende Gemeinplätze), aber auch einige konkrete Vorschläge, wie beispielsweise die Forderung nach einer Europäischen Bankenunion, den Euro für alle Europäischen Staaten einzuführen oder Rumänien und Bulgarien in den Schengen-Raum hereinzuholen; Vorschläge also, die realistischer Weise zur Zeit keine Mehrheit finden werden.

Es gibt irritierender Weise einen weiteren Vorschlag, nämlich den des belgischen Vizepräsidenten der Europäischen Kommission, Etienne D'Avignon, mit seinem „Weckruf der 100 Europäer“ (das sind Altpolitiker). Und dann gibt es neuerdings auch noch Manuel Macron, den französischen Präsidenten, der überhaupt eine Neugründung Europas im Sinn hat.

Fazit: Europa hat offensichtlich viele Orientierungen – aber leider keine gemeinsame.

In dieser Situation wird Österreich im 2. Halbjahr 2018 den EU-Vorsitz übernehmen, wobei nicht nur die Europäische Wirtschaftsstrategie nach 2020, sondern auch das EU-Budget 2020-2027 neu festzulegen sind; wichtige längerfristige Entscheidungen also, die fundiert vorzubereiten und zeitgerecht zu treffen sind. Verschärfend hinzu kommt, dass im 1. Halbjahr 2019 EU-Wahlen stattfinden werden. Das bedeutet erwartungsgemäß, dass jene Aufgaben, die 2018 nicht erledigt werden, aller Voraussicht nach auch 2019 auf der Strecke bleiben werden, denn Wahlkampfzeiten bedeuten bekannter Weise eine Unterbrechung konstruktiver politischer Arbeit ...

9.

Mein letzter Punkt betrifft die lokale und regionale Ebene.

Hier stellt sich die Frage: Was können wir selbst in den Gemeinden und Regionen tun? Ich denke, dass es auf dieser Ebene darum geht, die ursprüngliche und inzwischen in den Hintergrund geratene Idee eines „Europa der Regionen“ aufzugreifen und wieder zu beleben. Aber nicht so, wie es die Katalanen wollen, sondern als große Vision für ein vereintes Europa. In diesem Zusammenhang geht es nicht um Wettbewerb im Sinne eines Gegeneinanders, sondern um ein Miteinander und Kooperation.

Zunächst müsste sich zwar jeder Einzelne fragen: Wie kann ich dabei so etwas wie „gesellschaftliche Verantwortung“ übernehmen? Da allerdings Einzelne überfordert sind, wenn es um komplexe systemische Zusammenhänge geht, heißt das, dass auch dafür Kommunikationsformen zu entwickeln sind, damit in jenen Bereichen, in denen wir konkret Einfluss nehmen könnten, die von uns mitgestaltet werden könnten, wenigstens die Bedingung für ein gemeinsames Reflektieren und Handeln ermöglicht wird.

In diesem Sinne versucht der Universitäts.club|Wissenschaftsverein Kärnten gemeinsam mit maßgeblichen Partnern aus der Region so etwas wie eine „Landschaft des Wissens“ in Kärnten aufzubauen, die bezeichnender Weise unter dem Motto „Wage zu denken“ steht. Es geht darum, konstruktive und kritische Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Politik, Verwaltung, Wissenschaft, Gemeinden und der Zivilgesellschaft zusammen zu bringen, um gemeinsam über den Teller- rand der eigenen Organisation hinaus zu blicken und sich über die Chancen für eine nachhaltige regionale Entwicklung auszutauschen. Diese Initiative hat heuer, im 5. Jahr ihres Bestehens, dazu geführt, dass in diesem Rahmen erstmals die neu geschaffenen Nachhaltigkeitspreise für Kärntner Klein- und Mittelbetriebe des KWF und der Kärntner Sparkasse vergeben werden konnten. Andererseits geht es bei dieser Initiative auch darum, die Bedeutung professioneller Orts-, Gemeinde- und Regionalentwicklung zu thematisieren und mittelfristig Menschen zu qualifizieren, damit sie sich auf diesem Gebiet professionell einbringen können. Insgesamt geht es um eine Plattform zur Unterstützung der Strategischen Landesentwicklung in Kärnten und die Ermöglichung von Beiträgen konstruktiver Menschen, die sich aktiv in die Zukunftsgestaltung einbringen möchten.

Ich denke, man kann auf regionaler Ebene mehr tun, als man glaubt. Dafür braucht es jedoch zumindest den Willen, gemeinsam wirksam werden zu wollen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Solène Dengler/Nini Tsiklauri „Europa braucht uns: jetzt heißt es anpacken“ – Pulse of Europe

„Es lebe Europa“ war der Titel der „Kärntner Gespräche zur demokratiepolitischen Bildung“ im Oktober 2017. Aber welches Europa? Welche Zukunft wünschen wir uns als Bürgerinnen und Bürger und welche Gefühle assoziieren wir mit Europa? Diese Fragen werden nur selten von PolitikerInnen sowie von Medien gestellt und beantwortet, was erklären kann, warum sich viele EU-BürgerInnen von Europa distanzieren. Kritik an Europa sollte man an den bürokratischen Institutionen üben, aber was ist mit den Grundwerten, die uns als BürgerInnen einigen und auf welchen die EU basiert?

Aus dieser Frage heraus entstand 2016/2017 die Initiative Pulse of Europe, die zigtausende Menschen in Europa in 180 Städten und 21 Ländern – darunter auch Österreich – jede Woche auf die Straße brachte. Bürgerinnen und Bürger diskutierten am offenen Mikrofon über Europa, drückten ihre Gefühle aus und setzten sich kritisch mit europäischen Themen auseinander. Sehr schnell stellte sich auch in Österreich heraus, dass unabhängig von der politischen Tendenz oder Herkunft, der Wunsch nach einer starken, sicheren, gerechten, sozialen und zukunftsfähigen EU die meisten Menschen erfüllt.

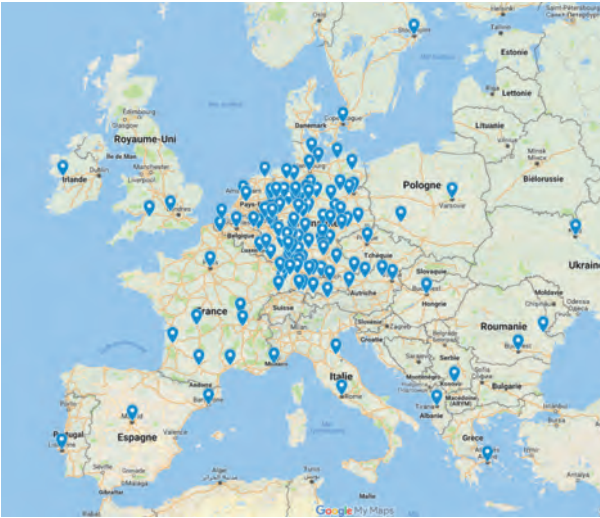


Abbildung 1:
Die Initiative Pulse of Europe entstand 2016/2017 und brachte Woche für Woche tausende Menschen in 180 Städten in Europa auf die Straße.

In diesem Sinne gestalteten wir unseren Impulsvortrag im Rahmen der „Kärntner Gespräche zur demokratiepolitischen Bildung“. Wir benutzten die Methodik der Zukunftsanalyse und „beamten“ uns dann zurück in die Gegenwart. Wir stellten mögliche/wünschenswerte Szenarien von Europa vor (negative werden ja zur Genüge kommuniziert!) und die positiven Ergebnisse oder Einflüsse von einem sogenannten „Europe Lab“ in 2035, das im Jahr 2017 in Kärnten das erste Mal getestet wurde.



Abbildung 2:
Solène Dengler und Nini Tsiklauri warfen in ihrer „Zukunftsanalyse“ aus dem Jahre 2035 einen Blick auf die Gegenwart Europas.

Dialog zwischen Solène Dengler und Nini Tsiklauri in 2035/2017 über Europa:

<p>SD Guten Tag. Heute ist der 19. Oktober 2035.</p>	<p>NT Zunächst die Schlagzeilen.</p>
<p>SD Die EU Präsidentin Magdalena Dupont verhandelte heute mit dem chinesischen Staatschef Jung Ho über eine Erweiterung des Handelsvertrages zwischen der EU und China für die neue Hochgeschwindigkeitsstrecke zwischen Peking und Wien.</p>	<p>NT Der amerikanische Präsident äußerte sich unterdessen skeptisch über die Aussichten seines Landes angesichts der Dominanz von EU und China in der Weltwirtschaft.</p>
<p>SD Das europäische Parlament wählte heute zum ersten Mal den EU-Kommissionspräsidenten, der früher von den Staats- und Regierungschefs der Mitgliedsländer bestimmt worden ist. Damit erhielt der Präsident der EU-Kommission zum ersten Mal seit Bestehen der EU seine Legitimität durch das von europäischen Bürgerinnen und Bürgern gewählte Parlament.</p>	<p>NT In allen europäischen EU-Regionen finden heute Bürgerbefragungen zu vier Themen statt, die die künftige Ausrichtung der EU-Handelspolitik bestimmen: die Bürgerinnen und Bürger sind aufgerufen, über die Annahme von Änderungen der Freihandelsverträge mit China, den USA und der afrikanischen Zollunion abzustimmen.</p>
<p>SD Das EU-Parlament beschloss heute die Einführung des europäischen Reisepasses für alle Unionsbürger. Die Reisepässe der Teilstaaten behalten vorerst ihre Gültigkeit, werden jedoch in den kommenden zehn Jahren gegen EU-Reisepässe ausgetauscht. Dadurch stehen den Bürgerinnen und Bürgern nunmehr weltweit die Botschaften und Konsulate aller EU-Mitgliedstaaten zur Verfügung.</p>	<p>NT Nach einem Bericht der Weltbank ist der Euro weiterhin die international wichtigste Anker- und Stabilitätswährung. Seit mehr als zehn Jahren hält der Euro nunmehr die Stellung als wichtigste Währung der Welt vor dem chinesischen Yuan. Begründet wird dies vor allem durch die stabile Sozial- und Wirtschaftsstruktur der EU, die die Union seit vielen Jahren krisenfest gemacht hat.</p>
<p>SD Die weltweiten Klimaziele wurden von der EU im laufenden Jahr zum siebten Mal in ununterbrochener Reihenfolge übertroffen. Die seit vielen Jahren auf Nachhaltigkeit und ressourcenschonende Produktion ausgerichtete europäische Wirtschaft konnte damit erneut den Spitzenplatz verteidigen und Strafzahlungen vermeiden, die die USA und China aufgrund nicht erfüllter Klimaziele nunmehr zu entrichten haben.</p>	<p>NT Auch in diesem Jahr sind Einheiten der EU-Armee in mehreren Ländern Afrikas für friedenserhaltende Maßnahmen im Einsatz. Die Mission der EU-Friedensstreitkräfte betrifft vor allem jene Länder, die aufgrund des Klimawandels besonders hohe Flüchtlingszahlen aufweisen.</p>

<p>SD Nun, die Nachrichten sehen ja ganz OK aus.</p>	<p>NT Ja, sind sie auch. Ist ja wirklich toll, dass sich die EU so positiv entwickelt hat.</p>
<p>SD Stimmt. War ja auch nicht so einfach am Anfang, im Jahr 2017 zum Beispiel.</p>	<p>NT Da wurde noch ordentlich gestritten und man hatte das Gefühl, die EU-Gegner werden gewinnen.</p>
<p>SD Ja, aber nur dem Anschein nach. In Wahrheit waren schon jene Kräfte am Werk, die dann die EU völlig umgekrempelt haben.</p>	<p>NT Man merkte es schon bei einigen Wahlen. Beispielsweise der Wahl des österreichischen Präsidenten. Und dann des französischen. Die sind beide mit einem Pro-Europa-Programm gewählt worden.</p>
<p>SD Und dann gab es ja auch noch unsere Bürgerbewegungen. Eine hieß Stand Up for Europe.</p>	<p>NT Ja, und natürlich Pulse of Europe. Die waren besonders interessant, weil dabei einfach nur Bürgerinnen und Bürger auf die Straße gegangen sind und über Europa diskutiert haben.</p>
<p>SD In Frankfurt hat es begonnen. Ende 2016 beschloss ein Frankfurter Ehepaar, sich am Sonntag um 14 Uhr auf den Hauptplatz zu stellen und den Menschen ein Mikrofon in die Hand zu drücken, damit sie ihre Gefühle zu Europa ausdrücken konnten.</p>	<p>NT In Wien begann es dann im März. Zwei junge Frauen, die einander gar nicht kannten, beschlossen die Zuschauersessel zu verlassen und sich einzumischen. Sie trafen sich am Karlsplatz und Pulse of Europe in Wien war geboren.</p>
<p>SD Kannst dich erinnern Nini? Da haben wir uns das erste Mal getroffen! Und danach ging es weiter. In ganz Europa begannen Menschen am Sonntag um 14:00 Uhr auf die Straße zu gehen.</p>	<p>NT In Frankreich vor der Präsidentschaftswahl, in Deutschland vor der Bundestagswahl und in Österreich vor der Nationalratswahl.</p>
<p>SD Ich kann mich erinnern, das Jahr war für mich als Französin und Österreicherin ganz schön emotional. Dabei ging es nicht darum, für eine bestimmte politische Partei zu werben.</p>	<p>NT Ganz im Gegenteil. Die Stimme der Bürgerinnen und Bürger war wichtig. Jeder bekam das Mikrofon und jeder konnte erzählen, was ihm oder ihr wichtig war in einer zukünftigen EU.</p>

SD <i>Es gab viele wunderschöne Äußerungen, Erklärungen, manchmal Liebeserklärungen, oft sehr kritische Auseinandersetzungen mit der EU.</i>	NT <i>Aber zum ersten Mal waren es die Bürgerinnen und Bürger, die den Akzent setzten, nicht die Institutionen oder die Politiker.</i>
SD <i>Und sehr schnell stellte sich heraus – dass unabhängig von der persönlichen politischen Tendenz – der Wunsch nach einer starken, sicheren, gerechten, sozialen und zukunftsfähigen EU die meisten Menschen erfüllte.</i>	NT <i>Schließlich waren es 180 Städte in 21 Ländern. Überall gingen die Menschen auf die Straßen, redeten miteinander und so begann die Erneuerung der EU.</i>
SD <i>Einer der Schritte war ein Workshop während einer Konferenz in einem Bundesland eines EU-Staates.</i>	NT <i>Hier fanden sich mehr als 200 Menschen zusammen, um gemeinsam in einem Workshop zu erarbeiten, wie sie sich die EU vorstellten.</i>
SD <i>Nini, magst nicht dass wir da einfach vorbeischaun?</i>	NT <i>Beamen wir uns zurück!</i>
SD <i>KLICK!</i>	NT <i>KLICK!</i>
SD <i>Wow. Wo sind wir hier? Hm.</i>	NT <i>Schaut aus wie 2017. Das ist doch das Jahr, in dem alles begann.</i>

In Zeiten des Populismus und zunehmender Radikalisierung ist es wichtig zu betonen, dass es bei dieser Methode nicht darum geht, eine verzerrte Realität darzustellen oder naiv zu bekunden, dass der Einzelne im Alleingang die EU verändern könnte oder dass die Verantwortung nur auf die BürgerInnen abgeschoben wird. Aber psychologische Studien zeigen, dass durch negative Worte und Katastrophenszenarien Menschen instinktiv in eine Schockstarre verfallen. Es ist die Kraft von positiven, aufbauenden Worten und die Vermittlung des Gefühls, dass wir tatsächlich einen Einfluss auf diese Zukunft haben können, welche Menschen bewegt zu agieren. Und Europa braucht uns mehr denn je!

Die Menschen im Publikum waren begeistert, sie bezeichneten den Vortrag mit Worten wie „frisch“, „jung“, „aufbauend“, „motivierend“, „dynamisch“, „spontan aber durchdacht“. Sie fanden es vor allem sehr positiv, dass der Vortrag von jungen Frauen geleitet wurde und

junge Menschen durch diesen Vortragsstil besonders angesprochen werden konnten.



Abbildung 3:
Nini Tsiklauri, Dr. Heinz Fischer und Solène Dengler
bei den „Kärntner Gesprächen zur demokratiepoli-
tischen Bildung 2017“.

Viele kündigten sogar schon an, dass sie gerne aktiv werden und Pulse of Europe nach Klagenfurt bringen würden. Pulse of Europe bekam sogar Unterstützung von Dr. Peter Kaiser und Dr. Heinz Fischer für weitere Projekte.

Nach einer kurzen Diskussion präsentierten wir dann unsere nächste Session „Europe Lab“. Wir wollten diese positive Dynamik im Raum nutzen, um Ideen für die Zukunft Europas auf lokaler Ebene mit den TeilnehmerInnen zu entwickeln. Wir betonten am Ende nochmal: ganz wichtig, jede/r kann mitmachen!

Impressionen: Pulse of Europe





Heinz Pichler

Transkription ausgewählter Inhalte des moderierten Gespräches zum Tagungsthema mit dem ehemaligen Bundespräsidenten Dr. Heinz Fischer, Teresa Präauer und Landeshauptmann Dr. Peter Kaiser

Vor Beginn des Abschlussgespräches wurden aus den einzelnen Workshops sogenannte „Kernbotschaften“ vorgetragen.

Pichler: Jetzt darf ich Sie zur ersten Runde bitten und ich würde vorschlagen, dass wir mit unseren Gästen beginnen. Frau Präauer, darf ich Sie um einige Erläuterungen zu den vorgetragenen Kernbotschaften bitten. Gibt es aus Ihrer Sicht zu diesen Berichten aus den Workshops irgendwelche Auffälligkeiten, etwas, dass Sie verstärken wollen, oder wo Sie sagen, hier gibt es Widersprüchlichkeiten zu dem, was Sie denken? Oder etwas von dem Sie sagen, dass es Ihnen besonders wichtig ist?

Präauer: Schönen Nachmittag von meiner Seite. Ich wäre natürlich gerne dabei gewesen bei den Workshops, weil jetzt rede ich so von außen, wie bei der Muppetshow. Die streiten dann zum Schluss, aber ich habe gar nicht vor zu streiten. Ich habe aufmerksam zugehört und ich hoffe, dass ich dem etwas Relevantes beifügen kann. Zum Begriff der transkulturellen Bildung ist mir eingefallen, dass dies auch eine Forderung Macrons ist, die er in seinen letzten zwei Reden formulierte. Er schreibt, dass es sinnvoll und wichtig wäre, auch etwas im akademischen Sinne zu schaffen, das europäische Bildung sein könnte, abseits von bereits bestehenden Projekten, wie dem Erasmus-Austauschprogramm, von dem ich als Studentin vor 20 Jahren profitiert habe.

Ich bin ins fremdsprachige Ausland gegangen – nach Berlin – und das hat Freundschaften ergeben und ein Verständnis zumindest für bzw. von unserem großen Bruder Deutschland. Es ist eine Verbindung, die nicht mehr gekappt worden ist. Ich glaube, dass sowas wie das Erasmus Programm ein tolles Programm ist, welches es gilt zu stärken und zu fördern.

Gleichzeitig gab es auch eine Forderung, die dann aber wieder unter den Tisch fiel: dass es dieses Angebot auch für Lehrlinge geben müsste. Dass junge Menschen nicht nur ins Bundesheer müssen, sondern dass es auch wirklich Möglichkeiten gibt, außerhalb des eigenen Nationalstaates Zeit zu verbringen, ist eine banale Idee. Aber ich glaube auch, dass es eine hilfreiche Idee ist. Einmal, am 30. September, las ich „die Presse“ und da war eine ganz schöne Beilage dabei, die hieß: „Europa vertiefen“. Auf der Rückseite dieser Beilage spricht Julia Kristeva, bulgarisch-französische Philosophin, auch von einer Idee der transnationalen europäischen Akademie, die sie gründen möchte. Diese Bestrebungen kommen aus vielerlei Richtungen; aber man sollte die Lehrlinge nicht vergessen.

Pichler: Danke für diesen ersten Input. Herr Dr. Fischer, darf ich Sie um einen Beitrag, entweder zum ersten Punkt, oder zu den anderen Kernbotschaften, bei denen Sie meinen, dass sie wichtig wären, bitten.

Fischer: Ich glaube, dass es durchaus logisch ist, oder einem Gesamtverständnis entspricht, die europäische Identität an die Spitze zu stellen. Weil das ist ja eine sehr heikle Frage, ob wir eine solche europäische Identität überhaupt entwickeln können, entwickeln wollen und wie weit wir dabei sind, diese zu leben. Mir fällt auf, je weiter ich von Europa entfernt bin, umso mehr europäische Identität habe ich. Wenn ich in China bin, dann fühle ich mich noch viel stärker als Europäer, und nicht nur speziell als Österreicher oder als Wiener oder als gebürtiger Grazer.

Europa ist natürlich ein ganz wichtiger Begriff der Menschheit in der Kulturgeschichte und es spielt eine unglaubliche Rolle. Aber dieses Europa ist zersplittert, dieses Europa hat Nationalstaaten entwickelt. Die Idee von Nationalstaaten ist ja etwas relativ junges. Die Nationalstaaten in ihrer heutigen Form haben sich erst im 18. und 19. Jahrhundert entwickelt. Bis dahin war Europa ganz anders strukturiert. Und dann hat sich noch die Idee des Nationalismus herausgebildet. Das ist ein Phänomen, das die österreich-ungarische Monarchie letztlich zerrissen hat und das auch bei dem Gedanken

der europäischen Union große Schwierigkeiten bereitet. Die Vereinigten Staaten von Amerika sind zum Beispiel zu einem Zeitpunkt entstanden, als es noch keine ausgeprägten Nationalismen gegeben hat. Zu einem Zeitpunkt, als es noch möglich war, eben Vereinigte Staaten Amerikas zu bilden.

Die europäische Idee in der heutigen Form ist ja wirklich präzise ausgeformt worden. Der Völkerbund war nur eine kleine Initiative nach dem Zweiten Weltkrieg, nach den Verheerungen des Zweiten Weltkrieges. Es war die Erkenntnis, wir können nicht gegeneinander wirken, sondern wir müssen in Europa miteinander weiterkommen; wir müssen zusammenarbeiten. Aber an der Kippe zwischen dem Erfolg des europäischen Modells und den Gefährdungen des europäischen Modells – dort stehen wir immer noch. Wir brauchen diesen entscheidenden Ruck, diesen Durchbruch, sodass sich das Bewusstsein durchsetzt, ein Österreicher und ein Europäer zu sein, oder ein Franzose und ein Europäer zu sein, oder ein Spanier und ein Europäer zu sein. Das ist kein Widerspruch, sondern das passt zusammen und das gehört zusammen.

Wenn wir das schaffen, wenn wir das erreichen, dass der Antagonismus zwischen der Nationalität und dem europäischen Projekt überwunden wird, dann sind wir sehr viel weiter. Momentan sind wir leider in einer Phase, wo ich als prinzipiell optimistischer Mensch das Gefühl habe, die nationalistischen Strömungen, die nationalen Zielsetzungen, dominieren und das werden wir auch bei einigen weiteren Punkten noch besprechen.

Pichler: Danke für diesen ersten Input, auch was die europäische Identität und die Identitätsmerkmale betrifft. Vielleicht können wir darauf dann noch einmal näher eingehen. Genügt der Euro oder der Eurovision Song Contest als einziges gemeinsames Identitätsmerkmal oder braucht es wirklich mehr, um diese Nationalismen in den Hintergrund zu bringen und eine gemeinsame europäische Identität zu finden, Herr Dr. Kaiser? Sie können auch gerne einen anderen Punkt heranziehen, falls Ihnen der als besonders wichtig erscheint.

Kaiser: Ich fange bei dem an, was aus den Workshops gesagt wurde. Also erst einmal hat mich die Unterscheidung, auf die ja von der Arbeitsgruppe Wert gelegt wurde, zwischen „Identität und Bewusstsein“ etwas zum Nachdenken angeregt. Ich glaube, dass das Eine ohne das Andere nicht entstehen kann, bestehen kann und dass sie untrennbar miteinander verbunden sind.

Das Manko, das in einem Bericht einer anderen Arbeitsgruppe mit einer Art „stillen Sehnsucht“ nach mehr Europa beschrieben wurde – „Wir wollen es, aber wie bekommen wir es?“ und „Das ist momentan nicht möglich“, das waren für mich zwei spannende Ansätze. Zu denen habe ich aus anderen Arbeitsgruppen sogar Lösungen präsentiert bekommen.

Zuerst zu Identität und Bewusstsein. Ich denke, dass wir uns bei ganz simplen Dingen selbst hinterfragen sollten. Wer kann denn wirklich den Text der Bundeshymne, seiner Heimathymne aber auch jenen der Europahymne? Wir brauchen einige Symbole. Wir kennen zum Beispiel die eigene Staatsgeschichte, bekommen viel an Geschichte der eigenen nationalen, regionalen Identität vermittelt. Aber wie schaut dies mit der europäischen Identität aus? Wie ist ein Europabegriff entstanden, neben den Mythen der griechischen Sagen und Mythologie? Wie hat Europa sich und auf Grund welcher Ereignisse entwickelt? Wie wurde es zu einem Gedanken, der eigentlich in faschistischen Lagern von Menschen, die gesagt haben „So etwas darf nicht mehr passieren“ das erste Mal konkret formulierte Formen angenommen hat? Uns fehlt ein Teil einer geforderten europäischen Identität, zu der wir aber selber viel, viel weniger bereit sind beizutragen, als es vielleicht notwendig wäre. Und der Lösungsansatz, der da auch gekommen ist und der mir irrsinnig gut gefallen hat ist jener des partizipativen, des aktiven Teilhabens – egal welcher Form. Und das mit der interkulturell künstlerischen Auseinandersetzung finde ich besonders spannend – dass eigentlich jeder und jede von uns selber dazu beitragen kann. Sei es, dass wir die Europa Berichterstattung in den Tagesmedien, in einschlägigen Magazinen, bis zur Berichterstattung in den Europachannels verfolgen, das ist etwas, das ich selbst einbringe. Bis hin zur Auseinandersetzung mit komplexen europäischen Fragen und Themen.

Der letzte Punkt ist für mich sehr tief philosophisch – „halb volles, halb leeres Glas“. Ich würde das mit Heinz Fischers Ansicht kombinieren, dass wir derzeit wahrscheinlich einen Streit in uns selber haben, zwischen den Wiedererstarke[n] der Nationalismen und einer Supranationalität, in dem Fall dem europäischen Gedanken. Nationalismen müssen nicht immer unbedingt negativ sein, möchte ich hinzufügen. Hierbei lassen wir ein wenig außer Acht, dass zwischen einer Vielfalt und einer Einheit eigentlich weniger Gegensätze bestehen, als Chancen. Chancen des Zusammenführens und der Vielfalt. Chancen auch eine Einheit im Denken zu machen, die dennoch sehr plural sein kann. Das ist, glaube ich, das spannende und daher würde ich mir wünschen, dass wir die zweite Hälfte des halb-

vollen Glases mit Wasser füllen, denn ich denke, Europa wird es weder halb noch gar nicht geben. Wir müssen alles tun, damit es als Glas und somit als europäische Idee gefüllt wird.

Pichler: Wenn wir heute über Europa sprechen, dann ist es ja oft so, dass es eher negativ konnotiert ist. Da gibt es die Flüchtlinge, dann gibt es die EU, dann gibt es irgendwelche Gesetze, durch die mögliche Einschränkungen passieren, während es vielleicht vor Jahrzehnten doch so war, dass Europa ein Hoffungsprojekt war. Vielleicht eine Frage auch in diesem Kontext: Kultur, Kunst, die Intellektuellen – haben die sich nicht etwas aus der politischen Debatte zurückgezogen? Hätten die nicht auch den Auftrag, sich stärker dieser von Ihnen angesprochenen identitätsstiftenden Merkmale zu bedienen? Darf ich diese Frage an Sie, Frau Präauer, richten?

Präauer: Ja, interessant, weil ja gerade der Kollege Robert Menasse den Preis des deutschen Buchhandels bekommen hat für den angeblich besten Roman des Jahres. Literarisch kann man das ja überprüfen – ich hab es noch nicht gemacht. Es ist ein Buch, welches sich um die Hauptstadt Brüssel dreht. Ich war erst vor kurzem das erste Mal in Brüssel und dort zu einer Lesung eingeladen und für mich war das auch sehr interessant, welche disparate, spannende, bedrohte, gefährliche, wunderschöne Stadt das ist. Gleichzeitig ist sie eine Stadt mit kolonialem Erbe, einem schwierigen Erbe, das manchmal auch wenn man über Europa redet, nicht mitdiskutiert wird. Ich war dann auch im Parlamentarium – da gibt es eine große Ausstellung – die ebenso erzählen will, wie das Projekt Europa entstanden ist: Beginnend mit Monet, oder vielleicht auch schon früher mit den antiken Mythen und so weiter. Irgendwie ist mir aufgefallen, dass die Symbole bzw. die positiv besetzten Symbole total fehlen. Es ist eigentlich fast lächerlich, diese T-Shirts mit den gelben Sternen, die man dort kaufen kann. Das sind von Anfang an Ladenhüter. Oder jetzt in Frankfurt war ich am Willy Brandt Platz und amüsierte mich immer großartig über dieses hässliche riesengroße Eurozeichen, das die ganze Stadt überstrahlt.

Vielleicht braucht es positive Symbole. Hermann Bloch ist ein Schriftsteller aus dem Anfang des 20. Jahrhunderts, der das in seinem Nachdenken über das „was ist Demokratie?“ oder auch massenpsychologische Phänomene auch gefordert hat. Er hat das als einer der ersten literarisch betrachtet und er hat gesagt, es brauche positive Symbole für die Demokratie. Vielleicht braucht es auch so etwas wie einen Populismus, den man nicht den Rechten überlassen sollte. Es gibt jetzt auch einen Essay von David Van Reybrouck, der

auffällig ist mit relativ kontroversen Thesen. Aber zum Beispiel ist es wichtig so etwas wie den Begriff Populismus nicht nur negativ zu bewerten, sondern zu schauen, wie man im Sinne Europas und im Sinne einer Bürgerbeteiligung handelt. Was mich nicht so befriedigen würde, wäre die Möglichkeit diese Hymnen zu singen. Mir gibt das irgendwie nicht so viel, weil ich einfach grundskeptisch bin gegenüber Symbolen dieser Art. Was mir zum Beispiel ein gutes Gefühl gibt im Nachdenken über Europa ist, so etwas wie die Tagebucheinträge von Bertha von Suttner zu lesen, die so vor dem Zweiten Weltkrieg im transnationalen Austausch mit anderen Intellektuellen versucht hat, über das nachzudenken, was denn Europa sein könnte – noch bevor es diesen Staatenbund gab. Das sind unglaublich beeindruckende Texte und darauf fußt auch vielleicht mein Verständnis von Europa.

Pichler: Symbole als Identitätsmerkmale sind jetzt als wesentliches Stichwort gefallen. Was mir aufgefallen ist, auch aus den Berichten der Arbeitsgruppen, war die Frage, wie reden wir über Europa? Welche Sprachkultur hat sich dabei entwickeln? Gibt es hier etwas, das auffällig war für Sie in diesen Statements, die aus den Arbeitsgruppen gekommen sind, oder ist es eine Wahrnehmung, die nur ich habe?

Fischer: Was verstehen Sie in diesem Zusammenhang unter Sprachkultur?

Pichler: Also die Art und Weise, wie wir über Europa reden. Wie über Europa geredet wird, hat nämlich eher eine negative Konnotation. Es wird weniger darüber gesprochen, dass Europa so etwas ist wie eine Gemeinschaft, eine lebenswerte Gemeinschaft, die man eigentlich fördern müsste. Das ist ja eigentlich das, was wir ursprünglich vorhatten.

Fischer: Also erstens einmal kann ich berichten, dass ich kürzlich eine Studie gesehen und gelesen habe, die zu dieser Frage „Wie positiv oder wie negativ beurteilen wir den europäischen Gedanken der Europäischen Union?“ Antworten gegeben hat. Es ist ja bekannt, dass bei der Volksabstimmung in Österreich damals im Jahr 1994 genau 33,3 % gegen den Beitritt zur Europäischen Union gestimmt haben und 66,7 % haben dafür gestimmt. Also wir haben eine 2/3 Mehrheit dafür gehabt. Seither ist immer wieder nachgefragt worden, wie die Österreicher heute dazu stehen. Hier hat sich eine interessante Kurve ergeben. Die Zustimmung von 66,7% ist dann angestiegen bis in die Nähe von 80 %. Dann ist das Jahr 2000 gekommen, mit den sogenannten Sanktionen, also ist die Kurve heruntergefallen, dann langsam wieder angestiegen. Dann ist die Wirtschaftskrise ge-

kommen, hier ist sie wieder nach unten gefallen und in letzter Zeit, in den letzten zwei drei Jahren, wieder angestiegen. Das hängt ein bisschen mit dem Brexit zusammen und im allerletzten Jahr hängt es mit Donald Trump zusammen, da die Europäer jetzt wieder sagen, wir müssen zusammenstehen. So sind wir heute mit zwei Dritteln dafür und mit einem Drittel dagegen. Also sind wir fast wieder dort, wo wir am Anfang waren.

Umgekehrt, wenn man heute fragt „Wollt ihr aus der EU austreten?“ würde nicht mehr als ein Drittel für diesen Austritt stimmen. Ich glaube, dass das auch dazu führt, dass eine Parlamentspartei namens FPÖ ihre Kampagne zum Austritt eingestellt hat und energisch bestreitet, aus der EU austreten zu wollen. Daher bin ich ein bisschen vorsichtig mit der Feststellung, dass Europa negativ konnotiert ist. Es gibt viel Kritik an europäischen Praktiken, aber nicht an der Grundidee „Europa muss zusammen bleiben“. Die ganze Europäische Union hat nicht einmal ein Drittel der Einwohner Chinas und nicht einmal ein Zehntel der Weltbevölkerung und Österreich hat ein Hundertfünfundfünfzigstel der Einwohner Chinas – stellen Sie sich das einmal vor. Da ist schon der Gedanke gewachsen, dass man sich mit anderen europäischen Ländern zusammentut und wenn dies getan wird, so stellen wir fest, dass gerade heute die Europäische Union, China und die USA ziemlich auf Augenhöhe sind in Bezug auf das Bruttonationalprodukt. Also das ist in der Größenordnung sehr gut miteinander vergleichbar und in dieser Konstellation hat Europa auch Chancen, in dieser Konstellation stark zu sein und hat auch eine Perspektive.

Eines muss ich auch sagen und da kämpfen wirklich zwei Herzen in meiner Brust. Ich vertrete den Standpunkt und ich bin der Meinung, dass der Gedanke richtig ist, die Europäische Union sei noch nicht komplett. Denn warum sollen die Slowenen und Kroaten dabei sein, und die Serben und Bosnier nicht? Also ich glaube, es gibt gute Gründe dafür, die Westbalkanstaaten aufzunehmen. Andererseits ist mir bewusst, je größer die Europäische Union ist, umso schwerer ist die Willensbildung und umso größer sind die zentrifugalen Kräfte, die Fliehkräfte. Die Tendenz, dass man sich über bestimmte Fragen nicht einigen kann, oder die Tendenz, dass sich dann innerhalb der Europäischen Union Gruppierungen bilden wie die Visegrád-Staaten. Also das Glas ist halb voll oder halb leer, das passt auch ganz gut auf die Betrachtungsweise. Ja, es gibt eine Gruppe von bis zu einem Drittel Europaskeptikern, Europagegnern, aber es gibt auch zwei Drittel oder auch mehr als zwei Drittel, die sich als Europäer betrachten, die Europa nicht mehr verlassen. Wir müssen eine Politik gestalten

ten, sodass dieses Drittel wieder kleiner wird, so wie uns dies in den Jahren nach dem Beitritt gelungen ist und so, dass die zwei Drittel noch mehr werden und dass wir auch die europäische Integration abschließen können. Ein Europa mit 30 oder 32 Ländern ist natürlich viel, viel schwerer zu steuern, zu regieren und Konsens herzustellen als ein Europa der sechs, neun oder zwölf Mitgliedsstaaten, denen wir am 1. Jänner 1995 beigetreten sind.

Pichler: Aber dennoch: wenn wir beim halb vollen, halb leeren Glas bleiben; es ist ja für jemanden, der ein halbvolles Glas vor sich stehen hat, auch nicht besonders angenehm. Das muss man schon betonen: Auch in der Europäischen Union leben Menschen, die nicht nur halbleere Gläser, sondern auch fast leere Gläser haben, die bei manchen Leuten auf den Tischen stehen. Das ist natürlich schon etwas, dass das soziale Gefüge Europas wesentlich bestimmt, wenn wir von solchen nationalistischen und populistischen Strömungen sprechen, oder?

Fischer: Schon, aber ich bin bzw. wir alle sind doch Realisten. Die Idee, dass Europa zum perfekten Ding oder Projekt wird, bei dem alle dafür sind, niemand dagegen ist und bei dem alle zufrieden sind, niemand unzufrieden ist, das kann ja nicht sein. Der Kampf um Europa oder der Kampf um den Sozialstaat, oder der Kampf um den Rechtsstaat, oder der Kampf um ein gutes Bildungssystem, wird immer ein „Trial and Error“, ein Versuch und auch ein Misserfolg; es wird immer ein Dialog zwischen Argumenten sein. Ich bin nicht zufrieden, aber ich anerkenne, dass der europäische Gedanke nach dem Zweiten Weltkrieg so vernünftig und überzeugend formuliert wurde. Ich bin froh, dass ihm nicht das Völkerbundschicksal beschert wurde, sondern dass sich Europa als ein kräftiger Baum entwickelt hat. Wahr ist, Europa ist nicht unzerstörbar – so wie die Demokratie nicht unzerstörbar ist. Wahr ist aber auch, dass Europa enorm viele gute Argumente für sich hat, so wie die Demokratie enorm viele Argumente für sich hat. Und wahr ist, dass ich glaube, dass wir manchmal zu pessimistisch sind, dass wir immer schon die Demokratiekrise sehen, obwohl unsere Demokratie doch schon ganz feste Wurzeln hat. Davon bin ich überzeugt. Wir sehen auch die Europakrise, obwohl die europäische Idee heute feste Wurzeln hat. Die, die heute in die Schule gehen und heute studieren, werden vielleicht noch bessere Europäer sein und denen wird das noch selbstverständlicher sein, als es bei ihren Eltern der Fall war.

Pichler: Stichwort Demokratieprojekt Europa, Stichwort soziales Europa. Herr Fischer meint, Europa ist auch zerstörbar. So wie die

Demokratie zerstörbar ist, kann auch Europa zerstörbar sein. Wer sind die Zerstörer bzw. wo kann man die Zerstörer einschränken?

Kaiser: Derzeit ist es so, dass im politischen Kontext Nationalismen gegen europäische Ideen ausgespielt werden. Wenn in Kärnten etwas schief geht, war es Wien. Wenn in der Republik etwas schief geht, war es Brüssel. Irgendwann wird es dann vielleicht New York oder ein anderer Ort sein, wo man auf Europa hinweist. Ich denke, dass dieses Schuldzuschieben, und damit eigentlich ein Weggeben der eigenen Verantwortung, der größte Feind der jeweils höheren Ordnung ist. Also die Schuld wird von regional zu national, oder von national zu international geschoben. Ich denke, dass wir auch ein anderes Phänomen haben. Es ist das, was ich jetzt einmal etwas gewagt und provokant ausspreche. Ich habe ein bisschen das Gefühl, dass Europa ein klein wenig langweilig geworden ist. Das ist von allem Anfang an mit der europäischen Idee einhergegangen. Was meine ich damit?

Als ich mich damals noch in anderen Funktionen für den Beitritt zur Europäischen Union eingesetzt habe, wurden wir zu den ersten in meiner damaligen beruflichen Funktion. Ich war mit einem der Referenten zusammen beim Jugendherbergsverband. Da hat uns die Europäische Union als eine der wichtigsten Institutionen herangezogen, um die Vorteile der Einführung einer gemeinsamen Währung aufzuzeigen – zuerst war es ein fiktiver Vorläufer der Bitcoins und dann der Euro. Wir konnten den jungen Menschen mit unseren Jugendherbergssystemen die Vorteile aufweisen. Du ziehst mit der Interrail von einem Land zum anderen und wir haben ausgerechnet, wie viel man bei den Wechselkursen verliert und was einem eigentlich an Ersparnis und zusätzlichem Reisebudget bleibt, wenn man überall in den Ländern dieselbe Währung hat. Das war spannend. Wir haben Infopoints gemacht, wir hatten Rechenbeispiele und wir haben richtig tolle Feedbacks bekommen. (...) Es gab diese Begeisterung, dieses Engagement, diese Freude, bei Europa aktiv an etwas beteiligt zu sein, in einer Generation zu leben, in der man ernsthaft dabei ist.

Die ist einem gewissen Phlegma gewichen. Einem Phlegma, das immer wieder jenen Kräften Aufschub gibt, die dann, wenn es notwendig ist, gegen alles andere sind. Heute sind es Migranten, morgen Flüchtlinge und übermorgen vielleicht auch europäische Inländer oder Bürger der EU, die in Österreich dieselben Sozialleistungen bekommen, obwohl sie im Land Y weniger eingezahlt haben – Transformationsländer haben wir die genannt. Es eignet sich vieles dann, wenn Leidenschaft nicht vorhanden ist, sehr rasch zur Sünden-

bocktheorie. Dazu braucht es jemanden, auf den man zeigen kann, um die eigenen Positionen besser darzustellen. Das heißt, ich sehe den Feind Europas – wenn man dies jetzt ganz überspitzt formuliert – nicht außen, ich orte ihn im Inneren und wozu solche Feindbilder oder leichtfertige politische Instrumentalisierungen führen können, haben wir gesehen. Der Brexit war keine Volksbewegung, die entstanden ist. Es war das politische Kalkül eines Premierministers, der seine Wahlchancen sinken gesehen hat und diese Frage dann mit heran gezogen hat. Die hat dann eine Eigendynamik bekommen, weil natürlich in populistischen Bereichen vieles entsteht, um einer Idee Recht zu geben. Dem kann man wahrscheinlich nicht nur rational, dem muss man rational und emotional (...) entgegentreten. Letzter Satz dazu, weil auch Generationen angesprochen worden sind. Mein Sohn ist 23, das Alter, das die meisten von Ihnen haben (verweist aufs Publikum). Mit 23 Jahren sagt mein Sohn: „Natürlich bin ich Klagenfurter, Österreicher und Europäer“. Er käme gar nicht auf die Idee, dass das Europa bei ihm nicht mitschwingt und ich prophezeie, dass wir irgendwann einmal sagen werden, dass wir auch Globalbürger sind oder wie auch immer die erste Weltregierung dann heißen wird. Aber diese Identitäten kann man leben. Man braucht gewisse Einheiten, das sollen Gesetze, Werte und Ähnliches sein, aber man hat die Vielfalt von Sprache, Kultur etc. (...) Wir selbst können dem Feind, der teilweise unmittelbar in unserer Nähe ist, am besten begegnen.

Pichler: „Impulse für Europa“ wird jetzt wahrscheinlich ganz hellhörig geworden sein (...). Frau Präauer, Sie haben einige Male genickt, hatte ich den Eindruck.

Präauer: Ja also mir fällt dabei so vieles ein. Also einerseits noch auf Heinz Fischer reflektierend: Es gibt ja jetzt aus dieser herbeigeschriebenen oder tatsächlich gefühlten Krise heraus eine Energie, die sich entwickeln kann, um eben dieses große Projekt weiter zu transformieren. Ich finde diese Möglichkeiten, die Jean-Claude Juncker aufzählt, und die auch Macron aufzählt, gut. Wenn sich dieser Gedanke für diese und jene Entscheidungen weiter formiert, dann finden sich vielleicht mehrere Staaten zusammen, dann wird dieser Staatenbund vielleicht größer. Ich weiß nicht, ob uns ein Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten zusammenbringt, oder ob ein starker Nordeuro einen schwachen Südeuro dann irgendwie ausschlägt. Aber generell ist zu überlegen, welche Dinge sollten besser regional entschieden werden und welche transnational. Hier gilt es ein wenig zu sortieren und zu ordnen – das entwickelt sich weiter und jetzt gerade gibt es Ideen dafür. Die Frage ist, ob die von Frankreich oder von Deutschland angeführt werden oder nicht.

In der aktuellen Zeitschrift „Profil“ gibt es auch einige interessante Artikel zum Thema „Sprachen in Europa“. Vielleicht wird das Brüsseler Englisch die neue Lingua Franca in Europa. Eigentlich mit Bedauern, denn es wird ja versucht, die Vielsprachigkeit aufrecht zu erhalten. Auch im EU-Parlament werden Übersetzungen getätigt. Wenn man einmal dort ist und mitbekommt, wie viele Übersetzer und Übersetzerinnen da engagiert sind, kann man immer sagen, dass es ein so hoher bürokratischer Aufwand ist, aber das zu unternehmen finde ich großartig.

Ich wollte noch etwas sagen aber das ist mir jetzt entfallen. Man kommt auf viele Ideen wenn man hier zuhört. Wir können, glaube ich, auch nicht immer sagen, dass Europa immer positiv konnotiert war und jetzt negativ ist. Ich kann mich noch erinnern, als ich das erste Mal abstimmen durfte als Jugendliche für oder gegen den Beitritt zur EU. Da waren zum Beispiel gerade die Grünen ganz massiv gegen einen Beitritt, die ja jetzt wahrscheinlich die stärkste Stimme PRO waren in diesem Wahlkampf. Gut, die Sozialdemokratie spricht sich auch immer für ein Europa aus.

Und dann hatten wir die Thematik, wer die Feinde sind – die inneren Feinde. Ich denke, dass man nicht außer Acht lassen darf, dass es auch massiven Schaden verursacht, wenn es Dinge wie Steuerungerechtigkeit gibt. Ich möchte nicht sagen, DIE Konzerne, aber es gibt zum Beispiel Konzerne wie Google oder Facebook, von denen wir alle profitieren, die aber keinen Cent Steuern zahlen. Das kann doch nicht sein und ich finde, dass sich da die gesamte Gesetzgebung und die Handhabe verbessern muss. Sonst hat man als BürgerIn wirklich das Gefühl, es ist doch schön und gut, dass wir alle zusammen miteinander sprechen wollen in schönen kleinen Bürgerparlamenten, aber wenn solche großen Ungerechtigkeiten bestehen, hat man doch das Gefühl, die Politik sei sowieso machtlos und verneigt sich nur vor einer größeren Macht.

Pichler: Danke, dass Sie das angesprochen haben. Ich denke, das gehört auch für mich zu diesem Thema der Symbole dazu. Europa braucht auch Gerechtigkeitssymbole. Also wirklich symbolische Handlungen, an denen die Bürgerinnen und Bürger auch Europas Gerechtigkeitsbemühungen sehen können. (Präauer: Aber auch konkrete Handlungen) Also diese Gerechtigkeitssymbole wären, neben anderen Symbolen, meines Erachtens sehr wichtig. Ich habe deshalb Symbole gemeint, weil man eher die Brücke zum Anfang schlagen kann. Aber ich denke, diese Frage der Gerechtigkeit ist auch heute am Vormittag schon einmal angesprochen worden. Wenn Sie einver-

standen sind, würde ich einmal das Publikum befragen, ob es konkretere Fragen oder aufmunternde Fragen gibt. Ich darf an Sie (ans Publikum) folgende Fragen richten: Was würden Sie gerne hören von Herrn Fischer, von Frau Präauer und von Herrn Kaiser zum Thema Europa. Was brennt Ihnen unter den Nägeln, was Sie unbedingt schon einmal anbringen wollten, oder was Sie unbedingt hören wollen? Auch im Kontext dessen, was in den Arbeitsgruppen gesagt worden ist.

Quelle: Liveaufzeichnung der Veranstaltung.

Zu finden online im Internet unter:

kaernten.arbeiterkammer.at/mediathek [3. Mai 2018]

Hajnalka Nagy/Josefine Scherling

Europäische Identitäten in Bewegung. Konzepte, Bilder, (In)Fragestellungen

„Aufgabe: Drei Sätze über Europa. 1. Europa besteht heute darin, dass man ersucht wird, drei Sätze über Europa zu schreiben, demnach wäre Europa die Erinnerung an Europa, der Schatten eines Schattens, zum Beispiel. 2. Der vorangegangene Satz war der erste Satz, dieser hier ist der zweite und der nächste wird der dritte sein. 3. Wenn alles gut geht.“ (Péter Esterházy, 1996)

Europa ist Europa ist Europa...

Angesichts der Entwicklungen der letzten Jahre in den europäischen Ländern¹ scheint die Europäische Union (EU) in eine Legitimationskrise geraten zu sein, die außerstande ist, BürgerInnen auch emotional an die EU zu binden. In Phasen allgemeiner Orientierungslosigkeit und Verunsicherung ist die Sehnsucht nach Stabilität immer groß – eine Sehnsucht, die sich in diesem Fall u. a. im Rückgriff auf traditionelle Strukturen von Gemeinschaft (Heimat, Nation), auf essentialistische Bestimmungen von Identität und im Konstruieren und Provozieren von Fremdbildern artikuliert, die ihrerseits erlauben, zwischen einem homogen und monokulturell imaginierten „Wir“ und den aus religiösen, ethnischen und kulturellen Gründen nicht dazugehörigen „anderen“ eine scharfe Grenze zu ziehen. Es ist immer wieder erstaunlich, wie kulturalistische Argumente auch im Zeitalter zunehmender Europäisierung, weltweiter Mobilität und Migration wirkmächtig werden, wenn es darum geht, „europäische Identität“ zu definieren.

¹ Gemeint sind u. a. die Eurokrise 2010, der Brexit, die Spaltung der EU in Bezug auf den Umgang mit der so genannten Flüchtlingskrise, das Beleben der Debatte um ein Kern-europa.

Dabei ist die Frage nach einem europäischen Bewusstsein und einem gemeinsamen europäischen Gedächtnis, das Grundlage einer kollektiven Identität der EuropäerInnen sein könnte, keineswegs neu. PolitikwissenschaftlerInnen, Geschichts- und KulturwissenschaftlerInnen ringen ebenfalls um eine Antwort, wie die Union selbst (vgl. dazu u. a. Öhner et al. 2005; Assmann 2006; Schulte-Noelle/Thoss 2007; Meyer/Eisenberg 2008; Buchinger 2009; Leggewie/Lang 2011; Metzeltin 2014). Während aber die erwähnten WissenschaftlerInnen dafür plädieren, dass eine „europäische Identität“ nur von unten entstehen kann, und nur dann, wenn man die gemeinsam geteilten, heterogenen und oft miteinander konkurrierenden Erinnerungen der EuropäerInnen bearbeitet und der Offenheit und der Wandelbarkeit der europäischen Identität gleichzeitig gerecht wird, versuchen die von der EU angeleiteten Initiativen eine supranationale Identität von oben zu implementieren, die Kontroversen und Spannungsfelder europäischer Erinnerungskulturen weitgehend außer Acht lassen und statt vielfältiger „Verflechtungsgeschichten“ ein herkömmliches, aber unzeitgemäßes Konzept des Nebeneinanders homogener „Monokulturen“ der einzelnen Nationen unter dem Motto „In Vielfalt geeint“ verfestigen (vgl. auch Uhl 2005, S. 147; Nagy 2015b, S. 119).

Der Workshop hatte deshalb zum Ziel, sich mit diesen kontroversen Diskussionen über die europäische Identität und den Konfliktlinien eines europäischen Gedächtnisses auseinanderzusetzen, indem die Teilnehmenden und die Workshopleiterin gleichsam herausgefordert waren, das Konzept der „europäischen Identität“ zu hinterfragen, ihre eigenen Vorstellungen und Bilder über das EU-Europa bewusst zu machen und diese überhaupt als Konstrukte, als Imaginationen zu erkennen. Nicht zufällig wurden Péter Esterházy's anfangs zitierten „drei Sätze über Europa“ als Motto dieses Workshops gewählt, die auf eine ironische Weise sowohl die Definition von Europa unterlaufen als auch jeglichen Definitionsversuch als einen Konstruktionsakt sichtbar machen, der nur eine „Erinnerung an Europa“, den „Schatten eines Schattens“ produziert, aber nie das Wesen Europas vollkommen wiederzugeben vermag.

Ist also Europa und dessen Identität anhand gewisser Merkmale, historischer Ereignisse und Symbole bestimmbar und beschreibbar, oder ist es nur etwas Imaginäres, das sich unserer Erkenntnis letztlich entzieht? Wie konstruiert die EU ihre Identität und welche kollektiven Vorstellungen der EU-BürgerInnen konstruieren Europas Bild mit? Und nicht zuletzt: Gibt es Möglichkeiten, das europäische Bewusstsein der EU-BürgerInnen zu stärken? – Diese waren die leitenden Fragestellungen des Workshops, der in eine Reflexionsrunde,

einen theoretischen Inputteil und eine Abschlussdiskussion zu den sogenannten Kernbotschaften, die die wichtigsten Erkenntnisse des Workshops zusammenfassten, aufgeteilt war. Auf diese Weise haben die Teilnehmenden nicht nur die Gelegenheit gehabt, anhand ausgewählter Textauszüge und visueller Materialien über ihre eigenen und über medial vermittelte Europa-Bilder zu diskutieren, sondern auch sich theoriegeleitet und kritisch mit der Entstehung kollektiver Identität(en) und der europäischen Identitätspolitik auseinanderzusetzen. Abschließend wurde u. a. die Frage diskutiert, welche Initiativen eine aktive Bürgerschaft befördern könnten, die sich weniger für gemeinsame Traditionen und Symbole interessieren, als vielmehr nach den aus den heterogenen Erfahrungen und Identitätsbildern der EuropäerInnen resultierenden Handlungs- und Partizipationsmöglichkeiten suchen.

Individuelle und kollektive Vorstellungen zur Europäischen Union

Bilder, die in der Öffentlichkeit kursieren, beeinflussen maßgeblich kollektive Vorstellungen und Wahrnehmungsmuster und ermöglichen oder eben verunmöglichen die Identifikation mit der EU. So die leitende Idee des Projekts *ICONCLASH. Kollektive Bilder und Democratic Governance in Europa*², das die in den verschiedenen Medien (Zeitungen, Schulbüchern, EU-Broschüren) dominierenden visuellen Repräsentationen der EU untersuchte und auch die Grundlage der ersten Reflexionsrunde im Workshop bildete.

Als Einstieg wurden den Teilnehmenden verschiedene Bilder und Zitate vorgelegt, mit der Bitte, sich für ein Bild/ein Zitat zu entscheiden, das am besten dem Bild, das sie über die EU haben, entspricht³. Unter den Bildern befanden sich das Gebäude des EU-Parlaments in Straßburg; ein so genanntes EU-Familienfoto mit den leitenden PolitikerInnen der EU-Staaten; eine bunte, kindergerechte Visualisierung des Mottos „In Vielfalt geeint“ vom Nürnberger Europabüro⁴; ein Bild, das die EU als Baustelle⁵ präsentiert; ein buntes, aber noch unfertiges Puzzle; ein verlassener Grenzübergang mit

² vgl. die Ergebnisse in den Publikationen Öhner et al. (2005); Diendorfer/Uhl (2009) sowie auf der Homepage des Demokratiezentrum in Wien: <http://www.demokratiezentrum.org/bildatlas.html>.

³ Selbstverständlich ist die Auswahl der angebotenen Bilder vom theoretischen Erkenntnisinteresse sowie kulturwissenschaftlichen Zugang der Seminarleiterin geprägt und in diesem Sinne ebenfalls „subjektiv“ und stark lenkend.

⁴ vgl. das Bild unter https://www.nuernberg.de/imperia/md/europa/dokumente/infoservice/2014/in_vielfalt_geeint.pdf.

⁵ vgl. Bilderatlas Iconclash unter: <http://www.demokratiezentrum.org/bildatlas/baustelle.html?index=0&dimension=Serie>.

der ikonischen EU-Flagge; ein Foto zum Schlagwort „Festung Europa“ und ein Zeitungsfoto, auf dem im Vordergrund ein Grenzzaun zu sehen ist, auf dem Menschen sitzen und vom Meer kommend Richtung Festland schauen⁶. Die Zitate stammen von Ulrich Beck, Karl-Markus Gauß und Miroslav Krleža.

„Ich komme zum Schluss: Europa, so könnte man mit einem Anflug von Selbstironie formulieren, ist bereits in seinem mythologischen Ursprung kosmopolitisch. Europa – so erzählt uns Homer – war die Tochter von Phoenix, dem König von Phönizien, einem Land im Mittleren Osten. Zeus, der Gott der Griechen, war von ihrer Schönheit so entzückt, daß er, verwandelt in einen weißen Bullen, sich ihr näherte, um sie zu entführen. So wurde sie die Mutter des Königs Minos usw. usf. Sich dieses Entstehungsmythos Europas heute zu erinnern, ist verblüffend aktuell, weil durch ihn die Nicht-Ursprünglichkeit, die Nicht-Heimat – darf man sagen die Zwangsheirat? – als Europas Ursprung überhöht wird. Europa, die Reizende, lebte zwischen den Kulturen, aber war keineswegs ‚entwurzelt‘, ‚entfremdet‘. Was im monokulturellen Blick als Dilemma erscheint, wird zur Stärke: die Differenz wird zur Identität, zur Existenz“ (Beck 2007, S. 192)

„Das übernationale Europa der Mächtigen, die sich, ihre Ziele durchzusetzen, nicht mehr als jene Nationalisten präsentieren müssen und dürfen, die sie gleichwohl bleiben, definiert sich unterdessen neu und schreibt seine Geschichte zur Heiligenvita um. Was immer in Europa an Barbarischem ins Werk gesetzt wurde, von hier seinen Ausgang nahm, es wird zur außereuropäischen Verirrung erklärt, die uns für kurze Frist nur von unserer historischen Mission abzulenken vermochte. Gereinigt von allen Verbrechen, wird Europa zum Synonym für Demokratie, Toleranz, Menschenwürde umgelenkt – als hätten die Indianer, von der Religion des Goldes getrieben, sich zum Völkermord aufgemacht, die Asiaten den Kolonialismus erfunden und die Afrikaner den faschistischen Rassenwahn exekutiert. Fast scheint es, Europa, das immer schon Gegensätzliches zu präsentieren wußte – den Rationalismus und die Fähigkeit, ihn menschenverachtend zu wenden; die Menschenrechte und die politische Lehre, sie bestimmten Menschengruppen sogleich abzusprechen –, fast scheint es, dieses Europa rede so viel von seiner Geschichte, um sie vergessen zu machen und wenigstens einmal Gleichheit zu verwirklichen: in der generellen Amnesie

²⁾ Das Bild befindet sich auf folgender Homepage: http://www.deutschlandfunk.de/fluechtlinge-ansturm-auf-die-festung-europa.724.de.html?dram:article_id=282923.

der europäischen Völker, der allgemeinen und gleichen Gedächtnislosigkeit.“ (Karl-Markus Gauß 1997, S. 202 – 203)

„Das imposanteste Gebäude der europäischen Zivilisation ist aufgebaut auf den Knochen zahlloser besiegter europäischer Völker. Wenn wir heute von Europa sprechen und zu ergründen versuchen, worin die Sendung dieses ruhmreichen, großen und uns so teuren Kontinents besteht, dürfen wir nicht vergessen, daß es zwei Europas gibt. Nach dem klassischen westeuropäischen, museal-grandiosen, historisch-pathetischen Europa lebt noch ein zweites, das bescheidene, in die Ecke gedrängte, seit Jahrhunderten immer wieder unterworfenere periphere Europa der östlichen und südöstlichen europäischen Völker.“ (Krlježa zit. n. Gauß 1997, S. 199)

Die Ausgangsmaterialien waren so gewählt, dass sie einerseits „Selbstkonzepte“ der EU – als Wirtschaftsunion, als Werte- und Kulturgemeinschaft, als (demokratie)politisches Projekt – abbilden, andererseits aber auch kritische Positionierungen – etwa zur EU als Festung, die das Versprechen des europäischen Friedensprojekts ins Wanken bringt; zur verdrängten, dunklen Geschichte der EU – und neue Lesarten und Konzepte erlauben und die Selbstbilder der EU unterlaufen. Äußerst spannend ist das Ergebnis der Wahl der Teilnehmenden, die sich mehrheitlich für das doppelbödige Symbol des unfertigen Puzzles entschieden, das sowohl für die Vielfalt der EuropäerInnen als auch für die Unvollkommenheit des EU-Projekts steht. In dieser Wahl zeigt sich auch ihr Verständnis für eine europäische Patchwork-Identität, die sich ihrer Auffassung nach aus vielen Elementen zusammensetzt, so dass nur im Zusammenwirken der Elemente ein fertiges Bild, das jedoch nach Außen geschlossen ist (!), entstehen kann. Die Favorisierung der Idee einer multiplen Zugehörigkeit zeigte sich zudem in den Fragen des simulierten EU-Barometers⁷, wobei mit einer Ausnahme alle Teilnehmenden zugaben, sich gleichzeitig als ÖsterreicherInnen und EuropäerInnen zu betrachten, ohne aber auf die nationale Identität zugunsten einer europäischen verzichten zu wollen.

⁷ Die Teilnehmenden mussten sich in einem Kontinuum „Ja“/„Nein“ bzw. „Ich stimme zu“/„Ich stimme nicht zu“ hinsichtlich folgender Aussagen positionieren: 1. Ich sehe mich in erster Linie als EuropäerIn und erst dann als ÖsterreicherIn. 2. Ich meine, dass die Nationalstaaten dezentriert und aufgelöst werden sollten, damit sich eine starke EU-Gemeinschaft herausbilden kann. 3. Ich bin der Ansicht, dass eine gemeinsame europäische Geschichte bei der Herausbildung der europäischen Identität helfen könnte. 4. Ich glaube, dass die EU Alltagsmenschen emotional nicht ansprechen kann. Einzelne, vor allem aus dem allgemeinen Kontinuum hervorstechende Positionen wurden diskutiert.

Bereits diese erste Diskussion macht blinde Flecken unserer Europa-Wahrnehmung offensichtlich: So fand die Kritik von Gauß am janusköpfigen Europa zwischen Zivilisation und Barbarei genauso wenig Beachtung wie Ulrich Becks provokante These über Europa, die – im Gegensatz zu kulturalistischen und essentialistischen Argumentationen in der politischen Rede – die Nicht-Heimat, die Erfahrung der Flucht und des Exils als das wesentliche Merkmal Europas herausstellt, d. h. gerade jene Erfahrung, die EuropäerInnen gerne Fremden und anderen, nämlich Menschen der aktuellen Flüchtlingsbewegung, attestieren.

Eine wichtige Frage in dieser Einstiegsrunde war auch, auf welche Gründe das distanzierte oder eben ambivalente Verhältnis der BürgerInnen zur EU zurückzuführen ist. Die Antworten der Teilnehmenden fallen hier den Argumenten der Fachliteratur sehr ähnlich aus: Die EU wird als ein Elitenprojekt (vgl. u. a. Pribersky 2005, S. 91) wahrgenommen, die aus der Sicht der einfachen Menschen zu weit weg ist, um darauf Einfluss nehmen zu können. Das Fehlen einer europäischen Öffentlichkeit, das zum Beispiel auch Meyer (2008, S. 23 f.) und Pribersky (ebd.) monieren, ist mit ein Grund dafür, warum in vielen osteuropäischen Ländern Brüssel und seine Bürokratie mit der EU gleichgesetzt wird und warum WesteuropäerInnen – wie auch die Teilnehmenden – an der Unüberschaubarkeit und Komplexität der EU-Prozesse Kritik ausüben. Bei dieser Diskussion wurde offensichtlich, dass die Teilnehmenden über ein mangelndes EU-Bewusstsein klagen, wiewohl sie gleichzeitig gerne aktiver an EU-Prozessen und Initiativen partizipieren würden. Deswegen sind wir in der Abschlussdiskussion zu der Frage der politischen und kulturellen Teilhabe zurückgekehrt.

Theoretischer Input

Um die sich in der ersten Reflexionsrunde herauskristallisierenden Aspekte des Themas zu vertiefen, ging der Input-Vortrag einerseits der Frage nach, woher diese Europa- und EU-Bilder und die Wertepreferenzen der EU-BürgerInnen kommen. Andererseits stand die Herausbildung kollektiver Identitäten im Fokus des Vortrags, konkret die Konstruktion der nationalen Identität, die als Modell in der europäischen Identitätsbildung und Identitätspolitik eine bedeutende Rolle einnimmt. Der Vortrag visierte dabei mit Stuart Hall eine Dekonstruktion der essentialistischen Konzepte von „Kultur“, „Nation“ und „Identität“, wie sie heute noch in den öffentlichen und politischen Debatten über den Nationalstaat und über die EU vorherrschen, an, und übte mit Heidemarie Uhl (2005), Anne-Marie Thiesse (2008) und

Ghislaine Glasson Deschaumes (2008) Kritik an „europäischen Meister-narrativen“, die unter dem Deckmantel der „Vielfalt“⁸ und durch die Dominantsetzung und Universalisierung partikularer Erzählungen weiterhin zur Essentialisierung, Kulturalisierung und Homogenisierung der europäischen Identität und des europäischen Gedächtnisses beitragen und weder die transnationale Heterogenität (vgl. Uhl 2005, S. 147) noch die Spannungsverhältnisse zwischen den Identitäts- und Geschichtsnarrativen der Süd/Ost- und WesteuropäerInnen berücksichtigen (vgl. dazu Nagy 2015a).

Schon eine erste Durchsicht der programmatisch formulierten Selbstkonzepte der EU sowie der visuellen Darstellungen⁹ erlaubt Rückschlüsse auf die „Herkunft“ der Assoziationen und Bilder der Teilnehmenden (s. o.) wie auch auf ihr EU-Bewusstsein. Besonders wirkmächtig erscheinen in diesem Sinne – und dies bestätigen die Umfragen des Eurobarometers in den Jahren 2008, 2010 und 2016¹⁰ – die omnipräsenten Symbole der EU-Fahne, der Euro-Münze und die großen Erzählungen der EU über kulturelle Vielfalt, über das in sich geschlossene, schützende „Haus Europa“, das gleichermaßen „stärkt“ und „verteidigt“¹¹, und über die Union als Schicksals- und Wertegemeinschaft, deren Grundwerte bereits in den 1970er und 1990er Jahren in den Positionspapieren zur europäischen Identität¹² eine Rolle spielten (vgl. auch bei Metzeltin 2014, S. 9-11) und deren Relevanz bis in die Gegenwart¹³ hineinreicht. Hiermit wird ein iterati-

⁸ So kritisieren sowohl Thiessen als auch Glasson Deschaumes die Vielfalt-Rhetorik als ein verbindliches Narrativ, das europäische Vielfalt zur „Norm“ hebt und dabei nicht nur andere globale Beispiele der Pluralität ignoriert, sondern darüber vergisst, Vielfalt als hemmenden Faktor in den politischen Entscheidungs- und Kommunikationsprozessen mit zu reflektieren.

⁹ Näheres dazu Öhner et al. (2005); Diendorfer/Uhl (2009).

¹⁰ vgl. Eurobarometer 67, November 2008 und Eurobarometer 74, Februar 2011 sowie Spezial Eurobarometer 2016: Die Zukunft Europas, einsehbar auf der Homepage der Europäischen Kommission: https://ec.europa.eu/health/tobacco/eurobarometers_de.

¹¹ vgl. dazu Junckers Rede zur Lage der EU 2017: „Ich habe eine positive Agenda vorge schlagen, welche dazu beitragen soll, ein Europa zu schaffen, das schützt, ein Europa, das stärkt, und ein Europa, das verteidigt, so wie ich es letztes Jahr genannt habe.“ (Juncker 2017, Unter: http://europa.eu/rapid/press-release_SPEECH-17-3165_de.htm)

¹² vgl. dazu zum Beispiel das „Dokument über die europäische Identität“ (1973) und die von Václav Havel initiierte „Charta der Europäischen Identität“ (1995). (Online im Internet unter: https://www.cvce.eu/de/obj/dokument_uber_die_europaische_identitat_kopenhagen_14_d ezember_1973-de-02798dc9-9c69-4b7d-b2c9-f03a8db7da32.html und http://www.euro-pa-union.de/fileadmin/files_eud/PDF-Dateien_EUD/CHARTA_DER_EUROP_ISCHEN_IDEN-TIT_T.pdf).

¹³ vgl. dazu den zweiten Artikel des Lissabon-Vertrages (2007): „Die Werte, auf die sich die Union gründet, sind die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte, einschließlich der Rechte der Personen, die Minderheiten angehören. Diese Werte sind allen Mitgliedstaaten in einer Gesellschaft gemeinsam, die sich durch Pluralismus, Nichtdiskriminierung, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität und die Gleichheit von Frauen und Männern auszeichnet.“ (Unter: <https://www.parlament.gv.at/PERK/PE/EU/GrundwerteEU/index.shtml>) Auch 2017 werden

ver Diskurs etabliert, der die europäische Identität erst hervorbringt und seine performative Kraft gerade in dieser diskursiven Wiederholung entfaltet, indem Grundkonzepte der europäischen Identität als Konstanten postuliert werden. Die ikonischen Bilder der Medien über Grenzzäune, Stacheldrähte, symbolische Grenzöffnungen übernehmen diesen Identitätsdiskurs, indem sie die Notwendigkeit der europäischen (Identitäts-)Politik suggerieren, sich über die Frage der In- und Exklusion bzw. der Abgrenzung permanent entscheiden zu müssen – eine Frage, die nur im Konstruieren und Reproduzieren eines imaginierten Anderen¹⁴ und im Rückgriff auf die essentialistisch konzipierte „europäische Identität“ überhaupt legitimiert werden kann (vgl. dazu Uhl 2005, S. 151). Ein anderer Teil der EU-Bilder, so z. B. die „Familienfotos“ der PolitikerInnen, Bilder der politischen VertreterInnen, Amtsgebäude, die in ihrer gläsernen Symbolik Distanz und Transparenz gleichermaßen ausdrücken, verdeutlichen einmal mehr die EU als Elitenprojekt, womit sich das distanzierte Verhältnis der BürgerInnen zur EU erklären lässt.¹⁵

Bei genauerer Untersuchung der europäischen Identitätspolitik stellt man fest, dass die EU ihre Identität im Sinne einer Kulturnation aufzubauen versucht (vgl. dazu Uhl 2005; Thiessen 2008; Metzeltin 2014). Stuart Hall (vgl. 1994, S. 199-208) hat mit Bezugnahme auf Benedict Anderson darauf hingewiesen, dass Nationen keinesfalls als natürlich gewachsene Gebilde anzusehen sind, sondern als „imagined communities“, als System kultureller Repräsentationen und kollektiver Vorstellungen, die vor allem durch symbolische Deutungs- und Sinnstiftungsakte, durch die Einebnung von Differenzen – in Form einer Leitkultur, einer Landessprache, eines einheitlichen Schulwesens und weiterer Kanonisierungen – und durch die Erzählung und Wiederholung von nationalen Narrativen (Gründungsmythos, Helden geschichten, Leidensgeschichten, Nationalliteratur) hervorgebracht werden und dadurch eine emotionale Bindung der Mitglieder an diese vorgestellte Wir-Gemeinschaft ermöglichen. Eine ähnliche identitäts-

diese Werte in Junckers Rede hervorgehoben: „Europa ist zunächst eine Union der Freiheit. Damit meine ich die Freiheit von Unterdrückung und Diktatur – Phänomene, die unser Kontinent, vor allem die Länder Mittel- und Osteuropas leider allzu gut kennen. [...] Europa muss eine Union der Gleichberechtigung und der Gleichberechtigten sein. Das bedeutet Gleichberechtigung ihrer Mitglieder – ob groß oder klein, ob im Osten oder im Westen, ob im Norden oder im Süden. [...] In Europa ist die Stärke des Rechtes an die Stelle des Rechts des Stärkeren getreten. [...] Rechtsstaatlichkeit ist in der Europäischen Union keine Option. Sie ist Pflicht.“ (Juncker 2017)

¹⁴ Russland, Türkei und der Islam oder eben die unterentwickelte Peripherie Europas fungieren als solche exkludierende oder zu exkludierende „andere“.

¹⁵ Meyer (2008, S. 24-26) sieht im Fehlen einer europäischen Öffentlichkeit, die der europäischen Zivilgesellschaft ermöglicht, an Entscheidungsprozessen jenseits nationaler Diskurse zu partizipieren, eines der Probleme europäischer Identität.

stiftende Funktion haben auch die europäischen Meistererzählungen (genauer bei Metzeltin 2014): Es werden auf die gemeinsamen Wurzeln der europäischen Länder (Antike, Christentum, Barock), auf eine gemeinsame mythische Ursprungsgeschichte, auf transnational wirksame historische Erfahrungen (Französische Revolution, Industrialisierung, Erster und Zweiter Weltkrieg, Mauerfall 1989) genauso Bezug genommen, wie auf Gründungsväter (Adenauer, Schumann, Havel) und emblematische Persönlichkeiten, um eine Grundlage europäischer Identität zu schaffen. Symbolische Repräsentationen, wie die bereits erwähnte EU-Flagge, der Euro, die europäische Hymne, das Europamotto sowie das Label des europäischen Kulturerbes stehen im Dienst dieser europäischen Identitätserzählung, die auch durch die Einführung von Gedenk- und Feiertagen (z. B. Europatag) oder durch Medialisierungen wie das Haus für Europäische Geschichte in Brüssel (vgl. Metzeltin 2014, S. 28-29) ein gemeinsames kollektives Gedächtnis der EuropäerInnen zu etablieren trachtet. Vor allem die europäische Gedächtnispolitik wird von Geschichts- und KulturwissenschaftlerInnen stark kritisiert, da sie die Heterogenität geschichtlicher Erfahrungen, die immanente Verflochtenheit und Gegenläufigkeit der individuellen und partikularen kollektiven Erinnerungen in Europa ignoriert und weder eine öffentliche Diskussion über umstrittene europäische Erinnerungsorte zulässt, noch die Unterschiede im Umgang mit Vergangenheit sowie die Hierarchieverhältnisse zwischen West- und Osteuropa berücksichtigt (kritisch dazu Nagy 2015a).

Dass sich in Ansätzen ein anderer Umgang mit der europäischen Identität auch innerhalb der EU-Politik abzeichnet, zeigen neuere Entwicklungen wie der Schwerpunkt „Europäisches Geschichtsbewusstsein“ im Themenprogramm „Europa für Bürgerinnen und Bürger“, in dessen Rahmen Projekte unterstützt werden sollen, um „Europas jüngste Vergangenheit besser zu verstehen, sie aufzuarbeiten [...]“ (Viviane Reding 2013). Auch im Bildungssektor sind zahlreiche Maßnahmen zu erwähnen, u. a. die Einführung der „europäischen Dimension“ als Unterrichtsprinzip, dessen Ziel es ist, „SchülerInnen für die Idee des ‚Friedensprojekts Europa‘, d. h. für den Respekt der Menschenrechte, die Vielfalt europäischer Kulturen und für den offenen Umgang mit Differenzen zu sensibilisieren und somit sie zu mündigen, aktiv handelnden, verantwortungsvollen und selbstreflexiven BürgerInnen zu erziehen“ (Nagy 2015b, S. 121).

Nichtsdestotrotz bleiben diese Maßnahmen unwirksam, solange die EU die Praxis eines „partizipatorischen Regierens“, das die europäische Zivilgesellschaft in die Prozesse der Entscheidungsfindung miteinschließt und EU-BürgerInnen Handlungspotentiale in öffentlichen

Dialogen zusichert, nicht ernst nimmt (Meyer 2008, S. 24). Das demokratiepolitische Projekt der EU könnte jedoch nur dann funktionieren, wenn man die Idee einer europäischen Identität im Sinne einer Kulturnation aufgibt und nach Möglichkeiten von „Identifikationen“ im komplexen und konfliktgeladenen europäischen Diskurs- und Handlungsfeld sucht. Europa wäre somit ein sich im ständigen Wandel befindlicher „Raum des Aushandelns von Erinnerungen, Identitätskonzepten und Vorstellungen, in dem heterogene Gemeinschaften ihre je eigenen Erzählungen durch wandernde mediale bzw. kulturelle Repräsentationen öffentlich sichtbar machen und im Hinblick auf europäische Zusammenhänge neu interpretieren“ (Nagy 2015a, S. 286).

Leben und Lernen in Europa. Erkenntnisse aus dem Workshop

Angesichts dieser Einsichten zielte die Abschlussdiskussion darauf ab, anstelle des Konzepts der „europäischen Identität“ Maßnahmen für die Stärkung eines europäischen Bewusstseins zu finden, das mit einer echten politischen Teilhabe der EU-BürgerInnen einhergeht. In diesem Sinne wurden zwei Vorschläge herausgearbeitet:

1. Reformierung des politischen Projekts Europa durch die Schaffung und Stärkung einer europäischen Öffentlichkeit jenseits nationaler politischer Diskurse und durch die Dezentrierung der EU. Eine solche Öffentlichkeit sollte Raum für eine gewaltfreie Konfliktlösung bieten, die jedoch die Vielstimmigkeit und Unterschiedlichkeit der Positionen der einzelnen Länder keineswegs einebnet. Um EU-BürgerInnen anzusprechen, sollten regionale und lokale Projekte auf einer transnationalen Ebene miteinander verzahnt werden.

2. Neudenken der europäischen Bildung durch die Schaffung gemeinsamer Unterrichtsprinzipien, wie transkulturelle und transformative Bildung. Diese zeichnen sich durch multiperspektivisches Denken, die kritische Reflexion der eigenen Wertvorstellungen und durch Handlungsfähigkeit in transnationalen Kontexten aus. Wert sollte auch auf generationenübergreifende Bildungsprojekte (auf das Lernen in altersheterogenen Gruppen) gelegt werden, um u. a. für Fragen der Tradierung und Traditionsbrüche zu sensibilisieren.

Diese abschließenden Erkenntnisse der Gruppe zeigen, dass ein Umdenken unserer „europäischen“ Denkkategorien und eine kritische Reflexion tradierter Wahrnehmungs- und Vorstellungsmuster notwendig sind, um in der Zukunft neue Rahmenbedingungen und Modelle

des Zusammenlebens der europäischen Gemeinschaft und der (nicht nur politischen) Partizipation in ebendieser entwickeln zu können.

Literaturverzeichnis

Assmann, Aleida (2006): *Der lange Schatten der Vergangenheit: Erinnerungskultur und Geschichtspolitik*, Beck, München.

Beck, Ulrich (2008): *Warum Europa?* In: Schulte-Noelle, Henning/Thoss Michael M. (Hrsg.) (2008): *Abendland unter? Reden über Europa*, Hugendubel, Kreuzlingen, S. 187 bis 193.

Buchinger, Kirstin et al. (Hrsg.) (2009): *Europäische Erinnerungsräume*, Campus-Verlag, Frankfurt am Main/New York.

Deschaumes, Ghislaine Glasson (2008): *Europa als Grammatik*. In: Meyer, Thomas/Eisenberg, Johanna (Hrsg.) (2008): *Europäische Identität als Projekt. Innen- und Außensichten*, Springer Verlag, Heidelberg, S. 65 bis 75.

Diendorfer, Gertraud/Uhl, Heidemarie (Hrsg.) (2009): *Europäische Bilderwelten. Visuelle Darstellungen EU-Europas aus österreichischer Perspektive*, Studien Verlag, Innsbruck.

Esterházy, Peter (1996): *Europa: Wenn alles gut geht*. In: *Transit*, Winter 1996, Heft 12, S. 202 bis 205.

Gauß, Karl-Markus (1997): *Das europäische Alphabet*, Zsolnay, Wien.

Hall, Stuart (1994): *Die Frage der kulturellen Identität*. Übers. von Matthias Oberg. In: Hall, Stuart (1994): *Rassismus und kulturelle Identität. Ausgewählte Schriften 2*, hrsg. von Ulrich Mehlem et al., Argument Verlag, Hamburg, S. 180 bis 222.

ICONCLASH, o.J.: *Projekt ICONCLASH. Kollektive Bilder und Democratic Governance in Europa*. (Projektteam: Heidemarie Uhl, Vrääh Öhner, Oliver Rathkolb, Katharina Wegan, Gertraud Diendorfer). (Online im Internet unter: <http://www.demokratiezentrum.org/projekte/abgeschlossene-projekte/icon-clash.html> [15. Februar 2018]).

Juncker, Jean-Claude (2017): *Rede zur Lage der Union*. Unter http://europa.eu/rapid/press-release_SPEECH-17-3165_de.htm [15. Februar 2018]

König, Helmut (2008): *Statt einer Einleitung: Europas Gedächtnis. Sondierungen in einem unübersichtlichen Gelände*. In: König, Helmut (Hrsg.) (2008): *Europas Gedächtnis: das neue Europa zwischen nationalen Erinnerungen und gemeinsamer Identität*, transcript-Verl, Bielefeld.

Leggewie, Claus/Lang, Anne (Hrsg.) (2011): *Der Kampf um die europäische Erinnerung. Ein Schlachtfeld wird besichtigt*. Beck, München.

Metzeltin, Michael (2014): *Europäische Identität und Europäische Integration*. (Online im Internet unter: https://www.oeaw.ac.at/fileadmin/NEWS/2015/PDF/FuG-8_Europaeische-Integration-Web.pdf [15. Februar 2018]).

Meyer, Thomas/Eisenberg, Johanna (Hrsg.) (2008): Europäische Identität als Projekt. Innen- und Außensichten. Springer Verlag, Heidelberg.

Meyer, Thomas (2008): Europäische Identität. In: Meyer, Thomas/Eisenberg, Johanna (Hrsg.) (2008): Europäische Identität als Projekt. Innen- und Außensichten, Springer Verlag, Heidelberg, S. 15 bis 30.

Nagy, Hajnalka (2015a): Einübung ins Grenz(ge)denken. Deterritorialisierungen im europäischen Erinnerungsraum. In: Nagy, Hajnalka/Wintersteiner, Werner (Hrsg.) (2015): Erinnern – Erzählen – Europa. Das Gedächtnis der Literatur, Studien Verlag, Innsbruck, S. 271 bis 293.

Nagy, Hajnalka (2015b): Schule des Erinnerns. Wege zu einer transnationalen Erinnerungskultur am Beispiel des 1956er Ungarn-Aufstandes. In: Kammer, Stefan/Zelger, Sabine (Hrsg.) (2015): Literatur & Politik. Theorie, Didaktik, Praxis (= Wiener Beiträge zur politischen Bildung), Wochenschau Verlag, Wien, S. 119 bis 142.

Öhner, Vrääth et al. (Hrsg.) (2005): Europa-Bilder. Beiträge einer Ringvorlesung der Universität Wien im Sommersemester 2005, Studien Verlag, Innsbruck.

Pribersky, Andreas (2005): Europa als Symbol politischer Image-Konstruktionen. Bilder & Politik. In: Öhner, Vrääth et al. (Hrsg.) (2005): Europa-Bilder. Beiträge einer Ringvorlesung der Universität Wien im Sommersemester 2005. Studien-Verlag, Innsbruck, S. 87 bis 102.

Reding, Viviane (2013): Die Erinnerung an den braunen und den roten Terror. (Online im Internet unter: <http://diepresse.com/home/meinung/gastkommentar/1445854/Die-Erinnerung-an-den-braunen-und-den-roten-Terror> [3. April 2013]).

Schulte-Noelle, Henning/Thoss, Michael M. (Hrsg.) (2008): Abendland unter? Reden über Europa, Hugendubel, Kreuzlingen.

Uhl, Heidemarie (2005): Europa kommunizieren – Europa visualisieren. In: Öhner, Vrääth et al. (Hrsg.) (2005): Europa-Bilder. Beiträge einer Ringvorlesung der Universität Wien im Sommersemester 2005, Studien Verlag, Innsbruck, S. 141 bis 166.

Thiesse, Anne-Marie (2008): Die europäische Identität: Erbe der Vergangenheit oder Konstruktion für die Zukunft? In: Meyer, Thomas/Eisenberg, Johanna (Hrsg.) (2008): Europäische Identität als Projekt. Innen- und Außensichten, Springer Verlag, Heidelberg, S. 31 bis 46.

Internetlinks [Zugriff am 15. Februar 2018]

<http://www.demokratiezentrum.org/bildatlas/baustelle.html?index=0&dimension=Serie>

http://www.deutschlandfunk.de/fluechtlinge-ansturm-auf-die-festung-europa.724.de.html?dram:article_id=282923

https://www.nuernberg.de/imperia/md/europa/dokumente/infoservice/2014/in_vielfalt_geeint.pdf

https://ec.europa.eu/health/tobacco/eurobarometers_de

https://www.cvce.eu/de/obj/dokument_uber_die_europaische_identitat_kopenhagen_14_dezember_1973-de-02798dc9-9c69-4b7d-b2c9-f03a8db7da32.html

http://www.europa-union.de/fileadmin/files_eud/PDF-Dateien_EUD/CHAR-TA_DER_EUROP_ISCHEN_IDENTIT_T.pdf

<https://www.parlament.gv.at/PERK/PE/EU/GrundwerteEU/index.shtml>

Susanne Dungs/Martin Klemenjak

Das Projekt Europa: zwischen Zusammenbruch und Neuaufgabe

Zum Einstieg

„Eine Kultur vergreist, wenn sie sich gegenüber dem Fremden verschließt. [...] Und wenn eine Kultur vergreist, verliert sie an Schaffenskraft, sie verschließt sich, wird ängstlich, ja hasserfüllt“ (Nancy 2017, S. 222f). Der Workshop wurde durch ein Zitat des Philosophen Jean-Luc Nancy eröffnet, um für die Bedeutung des Fremden empfänglich und sensibel zu machen. Die Angst vor dem Fremden ist nach Nancy „normal“, sie dürfe jedoch nicht in ein Überlegenheitsgefühl ihm gegenüber umkippen (ebd., S. 23). Die verschiedenen im Workshop bearbeiteten Philosophen gehören der Strömung der Alteritätsethik bzw. des Differenzdenkens an. Das Fremde und der Andere bilden den Kern der Orientierung einer solchen Philosophie. Ein Verschluss ihnen gegenüber führe zum Verschleiß, ja zum Erlöschen einer Kultur. Der Workshop diskutierte zeitgenössische Krisenphänomene, mit denen Europa konfrontiert ist (wie Nationalismus, Populismus, Brexismus, Flüchtlingswelle usf.) und stellte vor dem Hintergrund der genannten philosophischen Positionen, die sich durch Alterität inspirieren lassen, Überlegungen an, wie eine Neuaufgabe eines demokratischen und solidarischen Europa gelingen könnte.

Zum Ablauf des Workshops

Der Workshop ging in vier Schritten vor. Den ersten Schritt stellte ein Kurzvortrag dar: „Das Projekt Europa: zwischen Zusammenbruch und Neuaufgabe“, um in das Thema einzuleiten. Daran schloss sich ein Meinungsaustausch mit den Teilnehmenden an. Im dritten Schritt wurden acht Thesen präsentiert, zu denen sich die TeilnehmerInnen

positionierten: „Acht Thesen zur aktuellen Verfasstheit von Europa“. Der letzte Schritt diente der Sammlung der Überlegungen und der Diskussion der Ergebnisse, die die Teilnehmenden in ihrer Auseinandersetzung mit den acht Thesen erzielten. Dieser Beitrag, der den Workshop rekapituliert, folgt in seinem inneren Ablauf der Logik des Workshops.

Zeitgenössische „Unterspülungen“ der Demokratie

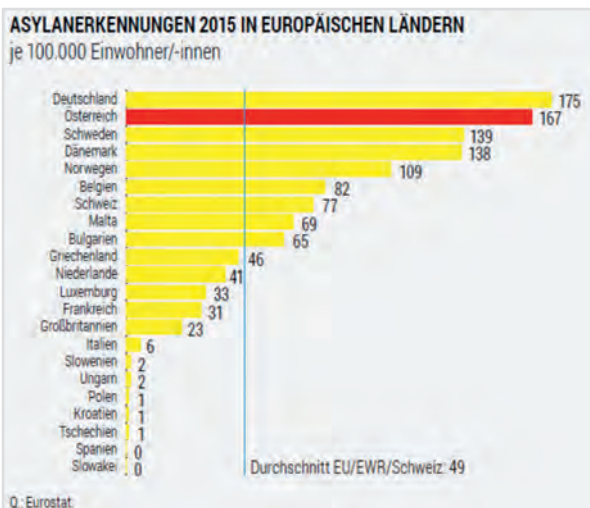
Die sogenannte „Migrationskrise“, von der seit 2015 im Zuge der „Flüchtlingswelle“ verstärkt die Rede ist, geht mit einer schleichen- den Entdemokratisierung einher. Claus Leggewie bezeichnet dies in seinem Band „Europa zuerst“ (2017) als eine „Unterspülung“ der Demokratie (ebd., S. 45). Wir verlieren jedoch nicht nur die Basis unserer Demokratie, wenn wir uns dem Fremden gegenüber verschließen, sondern wir leisten damit auch einer Entmoralisierung Vorschub, die zuallererst die Anderen – aktuell in Gestalt des Flüchtlings – trifft. Warum diese Prozesse zusammenhängen und in welcher Weise auch das solidarische Grundgerüst unserer Gesellschaft darüber porös wird, wird im Folgenden anhand von Überlegungen der Philosophen Zygmunt Bauman und Bill Hughes veranschaulicht, die uns in eine „Unkultur wechselseitigen Abschottens“ hineinschlittern sehen. Eine Demokratie kann ohne eine Basis, die das Verhältnis von Selbst und Anderen in einen ethischen Horizont des wechselseitigen Anerkennens einrückt, nicht existieren. Eine Demokratie, die das Aufspannen eines ethischen Horizonts zu umschiffen versucht, höhlt sich zuletzt selbst aus.

Zahlen und Fakten zur Migration und Integration

Die höchste Zahl der in Zentraleuropa ankommenden Flüchtlinge wurde vom Sommer bis Ende 2015 verzeichnet. Seitdem sind die Zahlen rückläufig, was aber nicht bedeutet, dass die Menschen aus afrikanischen und/oder arabischen Ländern nicht noch immer zahlreich auf der Flucht wären. Im Gegenteil, wir werden es in den nächsten Jahren vermutlich verstärkt mit Flüchtlingsströmen aus besagten Ländern zu tun haben, weil die Probleme dort eher zu- als abnehmen. Die unten stehenden Grafiken aus den Migrations- und Integrationsberichten der Statistik Austria (von 2016 und 2017) sollen das Ansteigen der Flüchtlingszahlen mittels der Entwicklung des Ausländeranteils in Österreich verdeutlichen.



Der Ausländeranteil liegt in Österreich Ende 2015 bei knapp 14 %. Ende 2016 ist er nach dem Migrations- und Integrationsbericht der Statistik Austria (2017) auf knapp 15 % angestiegen. Österreich weist in dem definierten Zeitraum die zweithöchste Zahl an Asylanerkennungen aller europäischen Länder auf (167 in 2015 und 294 in 2016), was für Österreich als einem relativ kleinen Land äußerst beachtlich ist. Der europäische Durchschnitt liegt 2015 bei 49 je 100.000 EinwohnerInnen. 78 sind es europaweit je 100.000 EinwohnerInnen im Jahr 2016. (Vgl. Migrations- und Integrationsberichte der Statistik Austria 2016, S. 39, und 2017, S. 39).



Die Zahlen zeigen, dass die Konfrontation mit Fremden in Österreich zahlreich gegeben ist, entscheidend ist dabei, wie die Politik der verschiedenen europäischen Länder auf diese Ereignisse reagiert und wie diese folglich von der jeweiligen Bevölkerung verarbeitet werden können. In Anlehnung an Jean-Luc Nancy lässt sich diagnostizieren, dass bedauerlicherweise ein Verschließen vor dem Fremden und Anderen in den Vordergrund gerückt ist, was an dem erstarkenden Rechtspopulismus deutlich wird.

Was wird im Zusammenhang mit der „Migrationskrise“ bzw. der „Flüchtlingswelle“ als Problem gesehen? Welches Ressentiment tritt durch eine „rechtslastige“ Problemdefinition dem fremden Anderen gegenüber zutage?



Quelle: Siehe Fußnote¹⁶

¹⁶⁾ Wahlplakat der »Republikaner« REP Bundesgeschäftsstelle Bonn, vor Juni 1991; Grafiker unbekannt. Haus der Geschichte, Bonn. Aus: Pagenstecher, Cord (2012): „Das Boot ist voll“ – Schreckensvision des vereinten Deutschland. In: Kritische Migrationsforschung. Da kann ja jedeR kommen. Hrsg. vom Netzwerk MiRA.

Problemaufriss zur Migrationspanik

Was wird als Problem definiert?	Warum ist eine Kritik an diesem Ressentiment notwendig?
<p>Zu viele</p> <ul style="list-style-type: none"> ● „Massenansturm, Invasion, Asylantenflut, Flüchtlingslawine“ ● Überfremdung/Islamisierung <p>Gefahr für die europäische Sicherheit durch</p> <ul style="list-style-type: none"> ● Migrationsdruck auf die EU-Außengrenzen ● Terrorismus und organisierte Kriminalität ● Religiöser Fundamentalismus und Islamisierung ● Verbreitung von Massenvernichtungswaffen <p>Überlastung der Sozialversicherungssysteme</p> <ul style="list-style-type: none"> ● Unverdientes Aussaugen öffentlicher Ressourcen: Die haben nichts geleistet – wir müssen wegen denen verzichten. ● Wirtschaftsflüchtlinge ● Zuwanderung ins Beschäftigungssystem, nicht ins Sozialsystem. 	<p>Ideologische Verformung von Einstellungen</p> <ul style="list-style-type: none"> ● Verschließung gegenüber Anderen, die um Asyl ansuchen. ● Verschiebung von Sachverhalten ins Emotionale, aber berechnete Ängste und Bedrohungsgefühle (Berlin, London etc.). <p>Gefühl existentieller Unsicherheit fördert „Migrationspanik“</p> <ul style="list-style-type: none"> ● Fortgeschrittene Individualisierung ● „Die Netze der sozialen Sicherheit sind voller Löcher“ (Bauman 2016, S. 50). <p>Rolle der populistischen Politik und der Medien</p> <ul style="list-style-type: none"> ● Rechte Politik und undifferenzierte Mediendarstellungen schüren Gefühle der Angst und ein islamfeindliches Ressentiment.
<p>Es entsteht ein fataler Kreislauf von Abschottung und Gewalt, der die Demokratie sukzessive unterspült.</p>	

Verschließungen gegenüber dem Fremden und Anderen

Menschen mit Migrationshintergrund sind, so Bill Hughes und Zygmunt Bauman, in Europa immer weniger willkommen geheiene Andere, sondern bedrohliche Fremde, eine Quelle von Furcht und Angst. Mittels einer Unkultur der Abschottung versuchten wir, uns diese Fremden vom Leib zu halten und ein „Repertoire der Entwertung“ auf sie anzuwenden. Auf die „angeschwärzten Anderen“ werden „sämtli-

che Probleme, Missstände und Übel dieser Welt projiziert“ (Hughes 2015, S. 29, 22). Die „Politik wechselseitigen Abschottens, die Mauern statt Brücken baut und auf schalldichte Echokammern, statt auf leistungsfähige [...] Kommunikation setzt, führt nirgendwo anders hin als in das Brachland des gegenseitigen Misstrauens“ (Bauman 2016, S. 23).

Bauman und Hughes liefern ein Erklärungsmodell für die „Angst vor dem Anderen“ (Bauman 2016), die sich in der zeitgenössischen „Migrationspanik“ konkretisiert. Eine diffuse Angst durchdringt das gesamte Leben. Menschen seien „einer Gesellschaft ausgesetzt, die [...] voller Risiken steckt, aber keine Sicherheiten und Garantien bietet“ (ebd., S. 56f). Menschen seien auf ihre Ressourcen verwiesen, die kümmerlich erschienen angesichts der gewaltigen existentiellen Pflichten, die auf den Schultern jedes und jeder Einzelnen lasteten (ebd., S. 56). Dieses Phänomen einer fortgeschrittenen Individualisierung, dass jeder und jede das gesamte Leben samt seiner geballten Risiken allein auf sich gestellt zu stemmen hat, wird auch als Responsibilisierung beschrieben. Die Individualisierung forciert nach Bauman zudem eine „Versicherheitlichung des Migrationsproblems“ (Bauman 2016, S. 45, 57). „Das verbreitete Gefühl existentieller Unsicherheit ist eine harte Tatsache: ein wahrer Fluch auf unserer Gesellschaft“ (ebd., S. 32). Je mehr sich das Gefühl der Unsicherheit in allen Bereichen der Gesellschaft und bezogen auf alle Lebensbelange breit mache, desto mehr wird die Problemverursachung auf die Fremden übertragen, die es folglich „in Schach zu halten“ gelte.

„Adiaphorisierung“ des Themas Migration

Die Gefühle existentieller Hilflosigkeit, die aus der florierenden Responsibilisierung und Ökonomisierung der Gesellschaft resultieren, werden nach Bauman in ihrer Verursachung auf den „Zustrom der Fremden“ übertragen. Dies „führt zur »Adiaphorisierung« des Themas Migration (das heißt, Migranten und das, was man mit ihnen macht, werden nicht länger unter moralischen Gesichtspunkten bewertet. Sind die Migranten in der öffentlichen Meinung erst einmal der Kategorie potentieller Terroristen zugeordnet, stehen sie außerhalb des Raumes, in dem Mitgefühl [...] zum Zuge kommen kann“ (Bauman 2016, S. 38).

Zwischenmenschliche Beziehungen zu MigrantInnen geraten nach Bauman in einen Raum, der einer moralischen Bewertung entzogen ist. Es erfolge eine Spaltung in »wir« und »die« Anderen (Bauman 2016, S. 79). Wir bewegten uns dadurch zunehmend im Feld einer

moralischen Dissoziation: Einerseits pochen wir auf die Achtung der Menschenwürde und propagieren die Universalität der Menschenrechte, andererseits gelten diese moralischen Errungenschaften aber nicht mehr für die zugereisten Fremden und die fernen Notleidenden. Diese Entmoralisierung des Migrationsthemas hat die europäischen Gesellschaften bis in ihre Mitte eingeholt und feuert den Kreislauf aus Missachtung und Gewalt immerfort an. Die Fundamente der Demokratie geraten durch diese Dissoziation ins Wanken¹⁷. Denn die Entmoralisierung trifft in weiterer Folge nicht nur die „Fremden“, sondern kann sich im Verhältnis zu jedem Anderen breitmachen.

Die Verbindung von Europa und Demokratie

Die gesellschaftlichen Probleme, die aus der fortgeschrittenen Individualisierung und Ökonomisierung resultieren, betreffen nicht nur vereinzelte Länder, sondern Europa und seine demokratische Verfasstheit im Ganzen. An dieser Stelle lässt sich nochmals die Position von Jean-Luc Nancy heranziehen. Er „wendet sich gegen die Vorstellung eines Kampfes der Kulturen und fordert dazu auf, die demokratische Gemeinschaft als Koexistenz des Heterogenen zu begreifen“ (Dübgen 2017, S. 23).

Das Abschotten gegenüber Anderen und das Austreten aus der Gemeinschaft („Brexit“) sind offenkundig der falsche Weg. Demokratie basiert ganz wesentlich auf Offenheit und Miteinander von Verschiedenen. Die europäischen Länder können es nur gemeinsam schaffen, ihr demokratisches Bewusstsein zu erneuern, das – mit den Vertretern einer Alteritätsethik gesagt – auf einer Gastlichkeit gegenüber dem fremden Anderen aufrufen sollte. Nur eine solche Gastlichkeit sichere die offene Gesellschaft.

Wie könnte eine Neuauflage von Europa gelingen?

Immanuel Kant beschreibt 1795 in seiner Schrift „Zum ewigen Frieden“ eine kosmopolitische Gastfreundschaft: „Es ist hier [...] nicht von Philanthropie, sondern vom Recht die Rede, und da bedeutet Hospitalität (Wirtbarkeit) das Recht eines Fremdlings, seiner Ankunft auf dem Boden eines anderen wegen, von diesem nicht feindselig behandelt zu werden. Es ist [...] ein Besuchsrecht, welches allen Menschen zusteht, sich zur Gesellschaft anzubieten, vermöge des Rechts des gemeinschaftlichen Besitzes der Oberfläche der Erde, auf der, als Kugelfläche, sie sich nicht ins Unendliche zerstreuen kön-

¹⁷ Vergleiche dazu: Sutterlüty, Ferdinand (2002): Gewaltkarrieren: Jugendliche im Kreislauf von Gewalt und Missachtung. Frankfurt/Main.

nen, sondern endlich sich doch neben einander dulden müssen, ursprünglich aber niemand an einem Orte der Erde zu sein mehr Recht hat, als der andere“ (Kant-W Bd. 11, S. 214).

Bei Jaques Derrida lautet es in „Von der Gastfreundschaft“ (2001): „Die absolute Gastfreundschaft erfordert, dass ich mein Zuhause öffne (chez-moi) und nicht nur dem Fremden [...], sondern auch dem unbekanntem anonymen absolut Anderen (eine) Statt gebe (donne-lieu), dass ich ihn kommen lasse, ohne von ihm eine Gegenseitigkeit zu verlangen (den Eintritt in einen Pakt) oder ihn nach seinem Namen zu fragen. Das Gesetz der absoluten Gastfreundschaft gebietet, mit der rechtlich geregelten Gastfreundschaft, mit dem Gesetz oder der Gerechtigkeit als Recht zu brechen (Derrida 2001, S. 27). Derrida meint hiermit ein Paradox. Es ist ihm nicht darum zu tun, die rechtlich geregelte Gastfreundschaft zu verdammen, sondern er gibt in Anlehnung an Kant zu bedenken, dass wir vom Fremden, bevor wir ihn bei uns aufnehmen, gar nicht verlangen könnten, „uns zu verstehen, unsere Sprache zu sprechen [...]. Wenn er – mit all dem, was dies impliziert – unsere Sprache spräche, wenn wir bereits alles teilten, was mit einer Sprache geteilt wird, wäre der Fremde dann noch ein Fremder, und könnte man auf ihn bezogen dann noch von Asyl oder Gastfreundschaft sprechen? Das ist das Paradox [...]“ (ebd., S. 21).

Dieses Paradox markiert wiederum die Unbedingtheit der Gastfreundschaft. Sie ist nach Derrida an keine Bedingungen geknüpft. Sie darf nicht an Bedingungen geknüpft sein, um absolut bleiben zu können. Bill Hughes zitiert Derridas Gedanken zur Kantischen Gastfreundschaft aus der englischen Übersetzung von „De l’hospitalité“ (Paris 1997), um exakt diese Unbedingtheit zu markieren: „Pure and unconditional hospitality, hospitality itself opens, or is in advance open, to someone, who is neither expected or invited, to whoever arrives as an absolute foreign visitor, as a new arrival, non-identifiable and unforeseeable, in short wholly other“ (Derrida 2001, zit. nach Hughes 2015, S. 22).

Was ist daraus folgend von uns gefordert? Ein Einstellungs- und Kulturwandel zur Wahrnehmung von Alterität und Diversität als Bereicherung, den wir aber nicht erzwingen können, sondern der vom Anderen her auf uns zukommt, als Geschenk. Damit verbunden könnte es darum gehen, ein Gespür zu entwickeln und die Ohren zu öffnen für lokale und überregionale Bedingungen und Bedürfnisse der Menschen. Vielleicht werden wir sensibler für die Sorgen und Ängste unserer Nächsten, aber auch für unsere eigenen Bedürfnisse, denn die gesellschaftlichen Anforderungen sind hoch und die exi-

stentiellen Pflichten von uns allen sind gewaltig.

Claus Leggewie spricht in diesem Zusammenhang von einer „responsiven Politik“. Eine solche Politik negierte den Nationalismus und Populismus nicht nur, sondern nehme deren Hinweise auf „Defizite, Widersprüche und Vertrauensverluste“ der bisherigen Politik ernst (Leggewie 2017, S. 115).

Acht Thesen zur aktuellen Verfasstheit von Europa

In einem nächsten Schritt wurden acht Thesen präsentiert, die sich auf die aktuelle Verfasstheit von Europa beziehen:

- „Eine Kultur vergreist, wenn sie sich gegenüber dem Fremden verschließt“ (Nancy 2017).
- Für eine zeitgenössische Demokratie ist es essentiell, einen Sinn für das Miteinander von Verschiedenen zu entwickeln.
- Der erstarkende Nationalismus und der Rechtspopulismus gefährden die Demokratie.
- Europa hat sich vielerorts in eine undurchdringliche Festung verwandelt (Leggewie 2017).
- Menschen mit Migrationshintergrund sind in Europa weniger willkommen geheiBene Andere, sondern stellen eine Quelle von Furcht und Angst dar (Bauman 2016, Hughes 2015).
- Es besteht ein starkes Bedürfnis nach politischen Alternativen, danach, von der Politik mit seinen Ängsten gehört und ernst genommen zu werden, das sich aktuell in extreme politische Positionen kanalisiert.
- „Populismus ist zuallererst ‚Gefühlspolitik‘, eine Mischung aus Zukunftsängsten, Ressentiments und paranoiden Stimmungen, die allerorts Feinde wännen“ (Leggewie 2017).
- „Nur durch das unaufhörliche Begehren, Fremdes zu entdecken und kennenzulernen, erneuert sich eine [demokratische, S.D.] Kultur“ (Nancy 2017).

Diese Thesen wurden an zwei Pinnwänden visualisiert und mit einer Skalierung von „ich stimme zu“ bis „ich stimme nicht zu“ versehen. Jede Teilnehmerin und jeder Teilnehmer erhielt acht Klebepunkte, verbunden mit der Einladung, über diese acht Thesen – in kleinen Gruppen – nachzudenken, um sich im Anschluss daran zu positionieren. Das Ergebnis kann den nachfolgenden Fotos entnommen werden.



In einem letzten Schritt wurden die Ergebnisse im Plenum diskutiert und die zentralen Punkte am Flipchart visualisiert. Dabei handelt es sich um folgende Punkte:

- Europa muss ein „Gegengewicht“ (z.B. zu China) darstellen
- eine gemeinsame Identität finden
- Vielfältigkeit anerkennen
- gemeinsame Ressourcen in der Politik suchen und aktivieren

- das „halb volle Glas“ sehen (das Glas ist halb voll, nicht halb leer)

Abschließend wurden folgende Kernbotschaften formuliert, die im Anschluss im Konferenzsaal der AK Kärnten allen Teilnehmenden der „Kärntner Gespräche zur demokratiepolitischen Bildung“ vorgestellt wurden:

- Eine europäische Identität schärfen: „Das europäische Glas ist halb voll“
- Qualität der politischen Debattenkultur: Vielfältigkeit als Ressource wahrnehmen, achten und wertschätzen.

Literaturverzeichnis

Bauman, Zygmunt (2016): Die Angst vor den anderen. Ein Essay über Migration und Panikmache. Frankfurt/M.

Derrida, Jaques (2001): Von der Gastfreundschaft. Hrsg. von Peter Engelman. Wien.

Hundeck, Markus; Mührel, Eric (Hrsg.) (2016): José Ortega y Gasset. Sozialpädagogik als politisches Programm. Von Spanien nach Europa. Wiesbaden.

Hughes, Bill (2015): Menschen mit Behinderung und Migrationshintergrund. Von der Gastfreundschaft zur Feindseligkeit. In: Domenig, Dagmar; Cattacin, Sandro; Radu, Irina (Hrsg.): Vielfältig anders sein – Migration und Behinderung. Zürich, S. 21 bis 43.

Kant, Immanuel (o.J.): Zum ewigen Frieden. Ein philosophischer Entwurf. Kant Werke Band 11, S. 195 bis 251. DB Sonderband: 100 Werke der Philosophie. (Online im Internet unter: <http://homepage.univie.ac.at/benjamin.opratko/ip2010/kant.pdf> [28. Jänner 2018])

Leggewie, Claus (2017): Europa zuerst. Eine Unabhängigkeitserklärung. Berlin.

Migrations- und Integrationsbericht der Statistik Austria (2016): Migration & Integration. Zahlen, Daten, Indikatoren. Wien.

Migrations- und Integrationsbericht der Statistik Austria (2017): Migration & Integration. Zahlen, Daten, Indikatoren. Wien.

Nancy, Jean-Luc (2017): Eine Kultur vergeist, wenn sie sich gegenüber Fremdem verschließt. Jean-Luc Nancy im Interview mit Franziska Dübgen. In: Kulturen des Wir. Hrsg. vom Institut für Auslandsbeziehungen e.V. (ifa). Stuttgart, S. 22 bis 23.

Pagenstecher, Cord (2012): „Das Boot ist voll“ – Schreckensvision des vereinten Deutschland. In: Kritische Migrationsforschung. Da kann ja jeder kommen. Hrsg. vom Netzwerk MiRA.

Sutterlüty, Ferdinand (2002): Gewaltkarrieren: Jugendliche im Kreislauf von Gewalt und Missachtung. Frankfurt/Main.

Stefan Vater/Katharina Zimmerberger Angst vor der Demokratie? Wie Neoliberalismus, Experten und behauptete Krisen unser Leben verändern

„Getrieben vom Gewinnstreben der eigenen Volkswirtschaft vernachlässigen Gesellschaften und ihre Bildungssysteme genau die Fähigkeiten, die benötigt werden, um Demokratien lebendig zu halten. Wenn sich dieser Trend fortsetzt, werden die Nationen überall auf der Welt bald Generationen von nützlichen Maschinen produzieren statt allseits entwickelter Bürger, die selbständig denken, Kritik an Traditionen üben und den Stellenwert der Leiden und Leistungen anderer Menschen begreifen können. Die Zukunft der Demokratie steht weltweit auf der Kippe“ (Nussbaum 2012, S. 16).¹⁸

Wir leben in einer Zeit der Ent-Demokratisierung und in einer Zeit, in der es notwendig ist zu betonen: Demokratie ist nicht nur eine Frage des Bekenntnisses, sie muss gelernt werden und praktiziert um lebendig zu bleiben. „Unsere“ Assoziationen zu Demokratie und demokratischer Freiheit und Beteiligung haben wir behalten. Und so erbrachten die Assoziationen der TeilnehmerInnen des Workshops „Angst vor der Demokratie? Wie Neoliberalismus, Experten und behauptete Krisen unser Leben verändern“ im Rahmen der Kärntner Gespräche zur demokratiepolitischen Bildung 2017: „Vive l’Europe – es lebe Europa!“ klassische, sozial-liberale Begrifflichkeiten, die mit Demokratie verbunden werden.

¹⁸⁾ Vgl. https://erwachsenenbildung.at/magazin/archiv_artikel.php?mid=9928&aid=10026 (1.9.2017)



Abbildung 1: Einige Assoziationen der TeilnehmerInnen des Workshops zum Begriff „Demokratie“

Doch wie steht es real um unsere Demokratien?

Im ORF lief von 1976 bis 1995 – über zwei Jahrzehnte – einmal die Woche die spätabendliche Diskussionssendung „Club 2“ zu breit gemischten aktuellen, kulturellen, politischen oder gesellschaftlichen Themen wie Jugendgewalt, Umweltverschmutzung, HIV, Parsifal, Punk usw. Das aus heutiger Sicht Beeindruckende oder sogar obszön Wirkende war die Möglichkeit für verschiedenste Gruppen der Bevölkerung mitzudiskutieren. Im Club 2 saßen ExpertInnen, Betroffene, Belesene, Intellektuelle, Lailinnen, Arbeitende... zusammen und diskutierten bis spät in die Nacht und ohne fixiertes Ende grundsätzlich gleichberechtigt, und der – mehr oder weniger erfolgreiche – Diskussionsverlauf war auch nicht durch die Stoppuhr bestimmt. Welche Demokratie können wir uns vorstellen und wie ist es real um Demokratien in Europa bestellt?

Postdemokratie

Colin Crouch (vgl. Crouch 2008) auf den ich mich im Folgenden beziehe - fasst in seinem Buch „Postdemokratie“ Krisenphänomene westlicher Demokratien unter dem Begriff „Postdemokratie“, den er folgendermaßen erläutert:

„Der Begriff bezeichnet ein Gemeinwesen, in dem zwar nach wie vor Wahlen abgehalten werden, Wahlen, die sogar dazu führen, dass

Regierungen ihren Abschied nehmen müssen, in dem allerdings konkurrierende Teams professioneller PR-Experten die öffentliche Debatte während der Wahlkämpfe so stark kontrollieren, dass sie zu einem reinen Spektakel verkommt, bei dem man nur über eine Reihe von Problemen diskutiert, die die Experten zuvor ausgewählt haben. Die Mehrheit der Bürger spielt dabei eine passive, schweigende, ja sogar apathische Rolle (...) Im Schatten dieser politischen Inszenierung wird die reale Politik hinter verschlossenen Türen gemacht: von gewählten Regierungen und Eliten, die vor allem die Interessen der Wirtschaft vertreten“ (Crouch 2008, S.10).



Abbildung 2: Zentrale Begriffe des Diskurses postdemokratischer Gesellschaften

Vorbei scheint der Stolz der BürgerInnen wählen zu können und sich zu beteiligen, sie scheinen der Politik müde, so die gängige Krisendiagnose, die nicht danach fragt, wie und ob Demokratie aus Sicht der Menschen funktioniert und ob Wählen Gesellschaft verändert. Neoliberaler Kapitalismus erscheint ohnehin als das Ende der Geschichte in Gesellschaften, die keine Utopien mehr haben, aber dafür Ängste und Dystopien. Regierungen orientieren sich nicht nur organisatorisch an Konzernleitungen, Unternehmen dienen als Vorlage. Public Private Partnership (PPP), New Public Management (NPM) und Managerialism, markieren zusammen mit antigewerkschaftlicher Politik einen Zeitgeist des Rückschrittes in dem offen eine Rückkehr zum 12 Stunden-Tag diskutiert werden kann, auch wenn die beteiligten Parteien dies vehement leugnen. Wir leben in einer Zeit in der der politische Diskurs von Floskeln wie Wirtschaftsstandort, Wettbewerb, Effizienz erdrückt wird. Die öffentlichen Institutionen werden zunehmend delegitimiert, verlieren an Einfluss und deren Verantwortung wird privatisiert und die Reduktion von

Leistungen wird (und Kosten) als Entlastungspolitik deklariert und als modern empfunden. Arbeit wird rein als Kostenfaktor gesehen – Auslagerung, Unterlaufen von Arbeitsrecht und der teure Rat externen Agenturen mit BWL-Knowhow und Rezeptwissen gelten als Puls der Zeit, nicht nur in konservativen Parteien, die sich auch selbst so nennen. Aber die Politik kann, ob real oder als Selbstschutzbehauptung, angesichts der neoliberalen Politik von WTO, CETA, TTIP und der dementsprechend Beratung von OECD, Agenda Austria und ähnlichen mehr oder weniger glaubwürdigen oder unfreiwillig witzigen Institutionen auch gar nicht anders? Der Slogan KundInnenorientierung zieht den sukzessiven Abbau von BürgerInnenrechten und eine Politik die Gerechtigkeit und selbst politisch-sachlichen Streit nicht mehr zu kennen scheint. Der Diskurs schwankt zwischen Beleidigung und der Diskussion über berechnete oder unberechnete Kritik, ohne substanzielle Inhalte. Der Wohlfahrtsstaat, der zumindest am Papier unbedingte Sicherheit versprach, wird zunehmend ersetzt durch einen Staat, der nur denen hilft, die auch Leistung erbracht haben. Was diese Leistung ist, definieren die Eliten, dem Zorn der „Leistungswilligen“ folgend. Demokratische Grundprinzipien treten in permanenten medial und politisch beschworenen Krisen – von Migrations- bis Terrorkrisen, von anderen wie der Finanz- oder Bankenkrise wird kaum mehr gesprochen und geschrieben – in den Hintergrund und werden zunehmend eingeschränkt. „Wir brauchen das Sicherheitspaket!“, das massiv Freiheits- und BürgerInnenrechte einschränkte und mit Stimmen der ÖVP und SPÖ beschlossen wurde, formulierte ein ehemaliger Innenminister mit sichtlicher Lust an autoritären Reformen.

Politiker präsentieren, inszeniert wie im Showbusiness, glatte PR-designte Botschaften, von einem politischen Gespräch kaum mehr ein Rest. BürgerInnen sollen auch gar nicht mehr tun, als wählen zu gehen, aber bitte die richtigen Parteien und nicht die populistischen und oft wird die eigene Partei zur Belastung genervter Spitzenpolitiker, die doch nur ihre neoliberale Agenda wie Manager durchziehen wollen. Nicht mehr das Parlament und der demokratische Prozess stehen im Zentrum des Gemeinwesens, so die Krisendiagnose. Die Ideen neutraler Regelungsprozesse (Governance) – wie Schuldenbremse oder Pensionsautomatik - und nicht demokratischer Legitimation bedürftiger ExpertInnenmeinungen, ersetzen in einem scheinbaren „evidence based turn“ die lebendige Demokratie. Der Gewährleistungsstaat ersetzt den Wohlfahrtsstaat und Partizipation wird eigenverantwortete Pflicht. Markt, Wettbewerb und „choice“ stehen in der Governance-Perspektive an Stelle der Diskussion um Ausschlüsse, Interessen und Machtstrukturen. Das ist die andere

Seite der Krise westlicher Demokratien. Am Beispiel des Populismus soll im Text wie im Ablauf des Workshops ein Phänomen dieser Krise analysiert und erörtert werden.

Populismus. Die Angst vor dem falschen Wahlverhalten der „einfachen Leute“

„Populismus“ ist eines der Modewörter des politischen Diskurses heute. Angesichts der Erfolge Trumps in den USA, Le Pens in Frankreich, Erdoğan in der Türkei, Orbán in Ungarn und vieler anderer ähnlicher Personen, Bewegungen und Parteien scheint dies auch durchaus angemessen. Aber gleichen sich all diese Bewegungen und Parteien, macht es Sinn und hilft dies weiter, sie alle als populistisch zu bezeichnen und gleich noch Nicolás Maduro in Venezuela oder auch Alexis Tsipras von der Bewegung Syriza in Griechenland und Pablo Iglesias Turrión von Podemos in Spanien hinzu zu nehmen?¹⁹ Oder sind gar alle, die den Prozess der europäischen Einigung neoliberal nennen und nicht gut heißen, Populisten? Hört man auf den EU-Kommissionsvorsitzenden Jean Claude Juncker oder Donald Tusk, den EU-Ratsvorsitzenden, könnte auch dieser Eindruck entstehen.

Verwischt eine solche Gleichsetzung von Verschiedenem und die Benennung als Populismus nicht die Fähigkeit zu unterscheiden, und ist Populismus der richtige Begriff um aktuelle Vorgänge der Politik zu verstehen oder nicht mehr als ein politisches Schimpfwort für ungeliebte politische GegnerInnen?

Nach einigen Anmerkungen zum Phänomen des Populismus, geärbt von den Wahlen in Frankreich 2017 und dem Verfassungsreferendum in der Türkei endet dieser Text mit der Frage nach dem Beitrag der Erwachsenenbildung und der Politischen Bildung um diesen Phänomenen, die sich in einem Raum der Krise der Demokratie zutragen (vgl. Lassnigg/Vater 2016, vgl. Kloyber/Vater 2010) entgegenzuwirken und sich Analysen zum Thema Populismus zu Nutze zu machen.

Wir leben in einer Zeit in der der US-Präsident offen Frauen und Minderheiten beleidigt und die Verfassung der Vereinigten Staaten mit Füßen tritt (vgl. Prantl 2017) und Groll und Hass sät (vgl. Butler nach Daumas 2017, S. 4). Wir leben in einer Zeit des reaktionären,

¹⁹⁾ Begriffsgeschichte des Populismus findet sich bei Patrick Charadeau, *Réflexions pour l'analyse du discours populiste*, in: *Mots. Les langages du politique*, Nr. 97/2011, p.101-116.

nostalgischen Populismus, getrieben von der Angst die eigenen Privilegien zu verlieren (Soloveitchik 2017, S. 5), meint die US-amerikanische Philosophin Judith Butler in einem Interview über Donald Trump, in einer Zeit der „negativen Renaissance“ bemerkt der Redakteur der Süddeutschen Zeitung Heribert Prantl in einer Festrede an der Universität Linz zum Thema Populismus (Prantl 2017). Aber, so Heribert Prantl, wir sollten nicht den Populismus fürchten sondern das Phlegma und die Angst davor!

„Je suis la candidate du peuple!“ Was charakterisiert Populismus?

„Je suis la candidate du peuple!“ (Ich bin die Kandidatin des Volkes!) so Marine Le Pens Reaktion auf das Wahlergebnis des ersten Wahldurchgangs der Präsidentenwahlen in Frankreich, gehört im ORF Ö1 Morgenjournal vom 24.04.2017. Sie ist die Kandidatin des Volkes, ohne wenn und aber, auch wenn sie nicht gewählt wird, so die Selbsteinschätzung von Marine Le Pen nach dem ersten Wahldurchgang in Frankreich. „Wir sind das Volk! Wer seid ihr?“, fragt Recep Tayyip Erdoğan (vgl. Martens 2017) seine ihn im Rahmen der demokratischen Möglichkeiten kritisierenden GegnerInnen.

Solche Selbsteinschätzungen sind laut Jan-Werner Müller (vgl. Müller 2016, S. 25ff) ein zentrales Merkmal von Populismus, ein Alleinanspruch das Volk zu vertreten, ob gewählt oder nicht, verbunden mit der gleichzeitigen Ausgrenzung aller anderen als nicht relevant, selbstsüchtig, volksvergessen oder sogar krank. In seiner gut lesbar geschriebenen Abhandlung „Was ist Populismus?“ (Müller 2016) geht Jan-Werner Müller, Politikwissenschaftler der Universität Princeton (USA), dieser Frage nach und versucht gleichzeitig den Begriff präziser zu fassen. Laut Müller charakterisieren den Populismus folgende Merkmale:

- „Wir, das Volk“: Die Verwendung eines ausschließlichen „Wir“, aller Österreicher oder Franzosen, wobei die Benutzung dieses „Wir“ keinerlei Legitimation bedarf und auch keinerlei Bestätigung durch Wahlen, da ja die schweigende Mehrheit immer für die Populisten ist (Müller 2016, S. 25ff, S. 19f).
- „Das Volk will“: Es geht im Populismus²⁰ nicht um die Interessen großer Volksmassen, die populistische Bewegung oder deren (charismatische) FührerIn erkennt und formuliert die eigentlichen

²⁰ Nicht gesplittete Bezeichnungen betonen die Realität des Ausdrucks, weder Marine Le Pen noch Donald Trump würden Aussagen wie diese splitten.

Interessen des Volkes durchaus auch gegen dieses. Beispielsweise kann niemand ernsthaft behaupten Trump würde die Interessen der weißen US-Arbeiter vertreten, die ihn gewählt haben (vgl. Müller 2016, S. 37ff) (Über diese Wertung ließe sich natürlich auch trefflich streiten).

- Nicht zu diesem „Wir“ Gehörige werden ausgegrenzt und beschimpft, verhöhnt... (vgl. Müller 2016, S. 42f).
- Es wird eine Medienkonzentration angestrebt oder sie existiert, alternative Medien werden angegriffen (Anti-Pluralismus) (vgl. Müller 2016, S. 19).

Bei aller möglichen Kritik an seiner Position trifft Müller Unterscheidungen und Abgrenzungen, die uns als wichtig erscheinen. Hinzugefügt werden sollten unserer Einschätzung nach zumindest zwei Charakteristika:

- Komplexität wird im populistischen Diskurs reduziert und es werden intuitiv plausibel erscheinende Schlüsse gezogen.
- Le Pen, Trump und andere europäische PopulistInnen vertreten oder betreiben eine Politik der Umverteilung von unten nach oben, die sozio-ökonomisch objektiv nicht diejenigen begünstigt für die sie scheinbar Partei ergreifen (vgl. Anderson 2017, S. 1, S. 10f).

Die Kehrseite der Postdemokratie:

„Stopp being Poor!“ oder Arbeit ist der einzige Weg zum noblen Kostüm – "La meilleure façon de se payer un costard c'est de travailler" (Emmanuel Macron)

Die Reaktion der gesellschaftlichen Mitte oder der Eliten auf ein Wahlverhalten zugunsten rechter, populistischer Parteien oder auch nur zugunsten von Parteien, die gegen den Kurs der Eliten stehen, entbehrt nicht einer gewissen Undifferenziertheit, wenn in Bausch und Bogen die GegnerInnen der neoliberalen Architektur Europas als Populisten bezeichnet werden wie auch die AfD oder Fidesz (vgl. Anderson 2017, S. 1ff, Prantl 2017). Gleichzeitig wird eine Wut der Eliten auf die Massen, die offensichtlich falsch wählen spürbar, die auch historisch nicht ohne Vorläufer ist (vgl. Nagle 2017, S. 3), beispielsweise in Kampagnen wie „Stopp being poor!“ der rechtsaußen US-Republikaner, die moralisierend betonen, Armut sei selbstverantwortet oder auch in manchen Stellungnahmen und Interviews nach den Wahlen, wo nur die Dummheit der wählenden Massen betont wurde. Dummheit oder Faulheit, oder eine labile Psyche seien die Ursachen dafür, dass die Menschen nicht die

Parteien wählen, die für Europa, den gemäßigten Kapitalismus der Demokraten oder der französischen Sozialisten stehen (vgl. Nagle 2017, S. 3) und Faulheit, Dummheit wären gleichzeitig der Grund für Armut oder dafür nicht Teil der Elite zu sein.

Emmanuel Macron stellt sich auf eine gemäßigtere Art in diese Tradition, wenn er arbeitslosen Kritikern empfiehlt, doch arbeiten zu gehen („La meilleure façon de se payer un costard c'est de travailler“ (vgl. Fn, S. 6)), gleichzeitig stellt er sich mutig in die Tradition des dritten Weges eines Blair und Schröder, so betonte ein Sympathisant in einem ORF-Interview nach dem ersten Wahldurchgang. Im eigentlichen Sinne eine gefährliche Drohung für alle die arbeiten, stehen doch Schröder und Blair für massiven Sozialabbau und Flexibilisierung und für eine Abkoppelung von Interessen, die eigentlich für klassisch sozialdemokratische gehalten wurden. Auch die SPÖ ist hier auf einem ähnlichen Weg (vgl. Anderson 2017, Hall 2011).

Perry Anderson verweist in einem Beitrag in der *Le Monde Diplomatique* auf andere Erklärungsmuster für Populismus, als die oben genannten, für die Abkehr der WählerInnen von den einstigen Volksparteien, die für Europa, für den scheinbaren gesellschaftlichen Konsens und den Sozialstaat standen: den seit den 1970ern andauernden Sozialabbau, der so scheint es strukturell mit der europäischen Einigung und auch dem dritten Weg verbunden ist, die Logik der ökonomischen Zwangslagen („der Wirtschaftsstandort“). Er verweist auf die realen Lohnverluste für viele Menschen und auf die Tatsache, dass es auch in Europa zunehmend Menschen gibt, die im eigentlichen Sinne nur mehr wenig zu verlieren zu haben glauben, und insofern bereit sind radikale Alternativen zu wählen, die derzeit in Europa nur die rechten und neofaschistischen und populistischen Parteien anbieten würden (vgl. Anderson 2017, S. 10).

Ebenso deutlich verweist Anderson auf die Tatsache einer unheimlichen Übereinstimmung der realen Institutionenarchitektur Europas mit den Ideen zu einer Entkopplung von Wirtschaft und Demokratie und Beteiligung der BürgerInnen eines F. Hayek, der ja bekanntermaßen nicht nur Ökonom sondern auch Sympathisant beinahe jeglicher Form der rechten, faschistischen Diktatur war (vgl. Plehwe/Walpen 1999). Die europäische Institutionenarchitektur weist deutliche Defizite bezüglich parlamentarischem Einflusses und demokratischer Kontrolle auf, bei gleichzeitigen Versuchen die neoliberale Wirtschaftspolitik als unveränderbar darzustellen und in Verfassungsrang mit Schuldenbremsen und strikter Austerität zu veran-

kern (vgl. Anderson 2017, S. 1). Europa hat laut Anderson eine eindeutig neoliberale Agenda. In einer Situation in der rechte und linke Eliten die gesellschaftliche Form als unveränderlich im Sinne M. Thatchers darlegen (Thatcher: There is no alternative! vgl. Hall 2011, Anderson 2017) erscheint die radikale Alternative des Ausstiegs (wie Ende Europas, Ausschluss Griechenlands, Ende der Austerität und Währungsunion,...) für viele verzweifelte WählerInnen besser, als die gar keine veränderbare Zukunft mehr zu haben (Prantl 2017). Von Seiten der Linken und moderaten Kräfte fehlt derzeit eine Alternative oder auch nur eine Entwicklungsperspektive über noch mehr Sparen, noch mehr Austerität, noch mehr vom gleichen Europa fast völlig. Europa verwehrt seinen BürgerInnen eine gestaltbare Zukunft und es „hat seine BürgerInnen nicht vor einem zügellosen Kapitalismus geschützt, sondern sie ihm ausgeliefert!“ (Prantl 2017).

Was sind die Aufgaben der Erwachsenenbildung? Ein Plädoyer.

Ausgehend von den gesammelten Charakteristika zu Populismus, ergeben sich eine Reihe von Aufgaben für die Erwachsenenbildung, die teils mit grundlegenden Selbstdefinitionen der Erwachsenenbildung übereinstimmen, teils eng mit kritischer Erwachsenenbildung verbunden sind. Beispielsweise versteht sich die Volkshochschule der Demokratie verpflichtete, weltanschaulich an die Menschenrechte gebundene, von politischen Parteien unabhängige Bildungseinrichtungen. Sie sind Erwachsenenbildungseinrichtungen, die Bildungsanlässe durch öffentliche Angebote organisierten Lernens setzen, Bildungsprozesse professionell in Gang bringen, unterstützen und begleiten.

Das diese heutzutage von angepassteren Formen von Bildung verdrängt werden, steht auf einem anderen Blatt. Ich sage aber grundsätzlich nicht Bildung wäre der Weg um alle Probleme der Gesellschaft über einen gleichwertigeren Wettbewerb und bessere Chancen für alle zu beseitigen, dazu braucht es Politik und demokratische Gestaltung.

Dennoch sind die Prinzipien der gemeinnützigen, aufklärungsorientierten oder in der Tradition der ArbeiterInnenbildung stehenden Erwachsenenbildung eigentlich nichts anderes als die Prinzipien der (aufgeklärten) Kritikfähigkeit (vgl. Butler 2001), die Populismus entgegenwirken. Erwachsenenbildung dieser Art bildet die Kompetenz sich eine eigene Meinung zu bilden und Verkürzungen und Schnell-schlüssen zu misstrauen. Es ist die Infragestellung von Gewohn-

tem, die Infragestellung der Brauchbarkeit von Wissen und Bildung, ihrer Angemessenheit, zugunsten von Reflexions- und Lösungsermächtigung, die gefordert ist gegen Populismus.

Das bedeutet eine Praxis, die Wissen nicht versteht als – in Bildern gesprochen – Naturrohstoff, geschürft und vermittelt von Experten, die alles wissen und meist Männer sind, sondern von Ansätzen, die Bildung und Wissen als ein Arbeitsfeld sehen, ein demokratisch zu bestimmendes Arbeitsfeld, das durch Demokratie-Lernen – im Sinne von Auseinandersetzung, Mitbestimmung – bestimmt ist und nicht durch scheinbare Naturnotwendigkeiten, Volksinteressen und Sachzwänge. Das erfordert eine lebendige, problemzentrierte Auseinandersetzung mit der Welt und auch der eigenen Umwelt, eine Ermächtigung zu ihrer Veränderung (vgl. Hooks 1994, S. 14).

Diese problemzentrierte Bildung meint eine Erwachsenenbildung, die Bezug nimmt, die Fragen der Globalisierung und Ungleichheit miteinbezieht, die an den persönlichen Erfahrungen der sich Bildenden ansetzt und von dort zur gemeinsamen Analyse und Interpretation der sozialen Welt weitergeht um ein kritisches Bewusstsein zu schaffen. Bildung wird bei Hooks und Freire verstanden als maßlos, d.h. nicht hinreichend messbar und prognostizierbar. Pädagogik wird als engagiert und einen Standpunkt beziehend definiert. Sie ist eine kollektive Praxis, die Freiheit zum Ziel hat (vgl. Filla 2001). Ich meine die Freiheit aller sich Bildenden wohlgedacht. Sie ist verbunden mit dem Wunsch und dem Verlangen auch Dinge zu verändern und nicht in einer „There is no Alternative“-Welt zu leben. Sie ist ein Prozess der ungewollten Neuordnung der Wünsche (vgl. Spivak 2006, S. 41).

Und sie fördert und fordert Partizipation, die mehr ist als unverbindliche Beratung für die Politik, mehr als eine partizipative Beschäftigungstherapie ohne Effekte, sie ermöglicht Demokratie, im Üben von Auseinandersetzung und auch Streit, sowie Konsensfindung, in der Sensibilisierung für Grundprinzipien der Demokratie wie Gewaltenteilung, Meinungsfreiheit, Versammlungsfreiheit und Freiheit der Meinungsäußerung, dies sei auch der österreichischen Regierung ins Stammbuch geschrieben.

Sie steht für Differenzierung, Komplexität und Pluralismus, auch medialen – mehr als die tägliche Wiederholung von Nichtssagendem, Ausgrenzendem oder der Befindlichkeiten der HerausgeberInnen, wie Gratiszeitungen sie oft unter Beweis stellen. Wobei es natürlich beruhigend ist, wenn „Österreich“ immer als bekannt

erscheint, weil sich die Nachrichten die ganze Woche nur wiederholen. Diese Bildung steht gegen Ausgrenzung, für Bescheidenheit in der Erkenntnis der eigenen Grenzen und sie wirkt gegen die Angst, zumal sie auch nicht aus der Angst zurückzubleiben und unzureichend zu sein entsteht (vgl. weiterführend Vater 2015).

Literaturverzeichnis

Monographien

Anderson, Perry (2017): *Bouillement antisysteme. En Occident, contestation de gauche... et de droite*, Le Monde Diplomatique, Mars.

Chakravorty, Swapan/Milevska, Suzana/Barlow, Tani E (2006): *Conversations with Gayatri Chakravorty Spivak*, London/New York/Calcutta – University of Chicago Press.

Crouch, Colin (2008): *Postdemokratie*, Frankfurt: Suhrkamp.

Fillia, Wilhelm (2001): *Wissenschaft für alle - ein Widerspruch? Bevölkerungsnaher Wissenstransfer in der Wiener Moderne. Ein historisches Volkshochschulmodell*, Wien: Studienverlag.

Hooks, Bell (1994): *teaching to transgress*, New York/London: Routledge.

Müller, Jan-Werner (2016): *Was ist Populismus*, Frankfurt: Suhrkamp.

Nussbaum, Martha C. (2012): *Nicht für den Profit! Warum Demokratie Bildung braucht*, Überlingen: TibiaPress.

Sammelbände

Vater, Stefan (2015): *Im Dschungel der Hörsäle*. In: Sattler, Elisabeth/Tschida, Susanne (Hrsg.), *Pädagogisches Lehren? Einsätze und Einsprüche universitärer Lehre*. Wien: Löcker Verlag, S. 198 – 212.

Vater, Stefan (2018): *„Alles ist eine Firma“ – Standardisierung, Qualität und der Markt. Über Bildungsdiskurse und Politik*. In: Schreiber, Horst/Hussl, Elisabeth/Martin Haselwanter, Martin (Hrsg.): *Gaismair-Jahrbuch 2018*. Im Zwiespalt, Innsbruck-Wien-Bozen: StudienVerlag. S. 14 - 21.

Zeitschriften

Charadeau, Patrick (2017): *Réflexions pour l'analyse du discours populiste*. In: *Mots. Les langages du politique*, Nr. 97/2011, p.101-116.

Hall, Stuart (2011): *The Neo-Liberal Revolution*, *Cultural Studies*, Nb. 25/6, p.705-728.

Nagle, Angela (2017): *„Ce monstre anonyme, l'homme de la rue“*. In: *Le Monde Diplomatique*, Avril 2017, S. 3.

Plehwe, Dieter/Walpen, Bernhard (1999): *Wissenschaftliche und wissenschafts-*

politische Produktionsweisen im Neoliberalismus. Beiträge der Mont Pèlerin Society und marktradikaler Think Tanks zur Hegemoniegewinnung und –erhaltung. In: Prokla, 29. Jg., H. 115, S. 203-235

Internetquellen

Butler, Judith (2001): Was ist Kritik? Ein Essay über Foucaults Tugend, Cambridge, <http://eipcp.net/transversal/0806/butler/de> online im Internet: (22.10.2014).

Daumas, Cécile (2017): Interview avec Judith Butler. Judith Butler : «Un populisme de gauche doit conduire à une démocratie radicale», Liberation, 20. Janvier 2017, online im Internet: http://www.liberation.fr/debats/2017/01/20/judith-butler-un-populisme-de-gauche-doit-conduire-a-une-democratie-radicale_1542916 (30.04.2017)

Kloyber, Christian/Vater, Stefan (2010): Citizenship Education. Auf der Suche nach dem Politischen in der "Postdemokratie". Editorial. In: Magazin erwachsenenbildung.at. Das Fachmedium für Forschung, Praxis und Diskurs. Ausgabe 11, 2010. Wien, online im Internet: <http://www.erwachsenenbildung.at/magazin/10-11/meb10-11.pdf>. (30.04.2017)

Lassnigg, Lorenz/Vater, Stefan (2016): Demokratielernen. Eine Vielfalt von Fähigkeiten und eine Frage der Übung. Editorial. In: Magazin erwachsenenbildung.at. Das Fachmedium für Forschung, Praxis und Diskurs. Ausgabe 28, 2016. Wien, online im Internet: <http://www.erwachsenenbildung.at/magazin/16-28/meb16-28.pdf>. (30.04.2017)

Martens, Michael (2014): Eine neue Etappe Erdoğan, FAZ, 01.07.2014, online im Internet: <http://www.faz.net/aktuell/politik/tuerkei-eine-neue-etappe-erdogan-13021025.html> (30.04.2017)

Nouvel Observateur (2016): Macron : "La meilleure façon de se payer un costard c'est de travailler", Le Nouvel Observateur, 28. Mai 2016, online im Internet: <http://tempsreel.nouvelobs.com/politique/reforme-code-travail-el-khomri/20160527.OBS1407/emmanuel-macron-et-son-costard-chahutes-par-des-anti-loi-travail.html>. (30.04.2017)

Soloveitchik, Rina (2017): Interview mit Judith Butler. „Trump schürt zügellosen Hass“, online im Internet: <http://www.zeit.de/kultur/2016-10/judith-butler-donald-trump-afd-populismus-interview/komplettansicht> (30.04.2017)

Unveröffentlichte Quellen

Prantl, Heribert (2017): Vom Populismus zum Extremismus. Die Wiedergeburt von alten Wahnideen und Idiotien – und was dagegen zu tun ist. Festvortrag 50 Jahre Soziologie an der Johannes Kepler Universität, 27.04.2017 (Mitschrift Stefan Vater).

Weitere Informationen, Materialien und Literaturtipps zur Frage von Erwachsenenbildung und Populismus finden sich auf der Homepage zur Tagung „Bildung und Populismus. Erwachsenenbildung und die Tradition der Cultural Studies“ (November 2017, Wien) unter <http://www.vhs.or.at/632>

Marcus Strohmaier/Martin Gressl

Soziales Europa – Fiktion oder Chance?

Schon seit vielen Jahren ist das Ziel des Sozialen, dem Menschen und nicht der Wirtschaft zugewandten, Europas in Wahlkämpfen und aus dem Mund vieler politischer MandatarInnen zu hören. Dennoch ist dieser Wunsch aus dem Wirtschaftsbündnis Europäische Union auch eine Sozialunion machen zu wollen unerfüllt geblieben. Um Europa erlebbarer und für die Menschen besser, nachhaltiger und sicherer zu gestalten fordern die Gewerkschaften ungebrochen mit Nachdruck politischen Platz für eine soziale Politik.

Im Mittelpunkt des Workshops standen deshalb die Ambitionen und derzeitigen Anstrengungen des Österreichischen Gewerkschaftsbundes (ÖGB) auf europäischer Ebene mehr Raum für die Forderungen nach dem sozialen Europa zu erhalten. Workshopleiter Marcus Strohmaier skizzierte deshalb vorab die wichtigsten Punkte des vom ÖGB in Kooperation mit den Gewerkschaften aus Schweden und Deutschland erarbeiteten Papiers „Ein Europäischer Pakt für sozialen Fortschritt“.

Unter anderem zielt das Forderungspapier darauf ab, dass es mehr Investitionen im öffentlichen Bereich gibt, dass Förderungen in die Sozialsysteme besonders dringend notwendig sind, dass soziale Grundrechte ebenso Vorrang haben wie wirtschaftliche Belange, dass der massive Steuerbetrug und die zerstörerische Jugendarbeitslosigkeit eingedämmt werden müssen. Ebenso soll der noch relativ unterentwickelte soziale Dialog auf europäischer Ebene gestärkt werden, dass Lohn- und Sozialdumping europaweit bekämpft und die Rechte der ArbeitnehmerInnen in allen Staaten nachhaltig geschützt werden. Auch zeigt die Entwicklung, dass die Gleichstellung der Frauen am Arbeitsmarkt vermehrte Anstrengungen

braucht und sich die EU bisher nur unzureichend mit den Auswirkungen der Digitalisierung auf die Zukunft der Arbeit auseinander gesetzt hat.

Unterstützt wurden diese gewerkschaftlichen Forderungen im Herbst 2017 vom Präsidenten der Europäischen Kommission Jean-Claude Juncker, als er bei seiner Rede zur Lage der Union unterstrich: „Wenn wir der sozialen Fragmentierung und dem Sozialdumping in Europa ein Ende setzen wollen, sollten die Mitgliedstaaten sich so schnell wie möglich [...] auf die europäische Säule sozialer Rechte einigen.“

Auf Basis dieser einführenden Erläuterungen entwickelte sich bei den WorkshopteilnehmerInnen eine interessante und lebhafte Diskussion. Dabei wurde u.a. hinterfragt warum das Primat der Wirtschaft noch immer einen solch starken Einfluss auf die Politik der Union hat. Erläutert wurde auch wie es dazu kommen konnte, dass die eigentlichen Bedürfnisse der Menschen, nämlich soziale Sicherheit zu haben, so in den Hintergrund gerieten. Da eine große Anzahl der diskutierenden TeilnehmerInnen aus dem studentischen Umfeld kamen und hier meist einen Schwerpunkt in der pädagogischen oder sozialwissenschaftlichen Ausbildung hatten waren Konzepte der besseren sozialen Inklusion in Europa von besonderem Interesse.

Auch gingen die Gespräche in der Gruppe verstärkt in Richtung wie das gemeinsame Europa für die Menschen positiver erlebbarer gemacht werden kann. Dabei spielt natürlich der soziale Aspekt eine bedeutende Rolle, aber es gibt darüber hinaus noch zahlreiche anderer Möglichkeiten die berechtigte Euroskepsis der Menschen durch positive Handlungen zu verringern.

Manche Forderungen der Gewerkschaften, hin zu einem sozialpolitisch stärkerem Europa, waren nicht klar und so wurde z.B. erläutert wie eine gemeinsame Sozialpolitik, obwohl die Standards der Länder sehr verschieden sind, realisierbar sein könnte. Dem ÖGB und seinen PartnerInnen geht es dabei nicht um z.B. einen einheitlichen Arbeitslosenbeitrag in ganz Europa, sondern vielmehr darum gewisse Grundlagen in den europäischen Verträgen niederzuschreiben. Darunter zählen u.a. eine Sozialversicherungspflicht für alle EuropäerInnen, damit Situationen wie in Griechenland, wo am Höhepunkt der Krise rund ein Drittel der Menschen nicht mehr krankenversichert waren, vermieden werden können. Nicht humanitäre Krisen, sondern soziale Grundrechte sollen die Menschen auf unserem Kontinent mit europäischer Politik verbinden.

Die Diskussionen in diesem sehr lebhaft geführten Workshop resultierten letztlich in der folgenden, im Plenum auch vorgetragenen, Conclusio: Es braucht dringend mehr Aufklärung und mehr Transparenz über die EU, damit die EU BürgerInnen besser und genauer über die Arbeit und Vorgehensweise der EU Bescheid wissen. Weiters muss die EU konkrete Lösungsansätze für die Hebung der Sozial- und Lebensstandards in den Transformationsländern finden. Transformationsländer werden die ehemaligen Länder in Mittel- und Osteuropa bezeichnet, da diese einen volkswirtschaftlichen Systemwechsel durchgeführt haben und noch Schwierigkeiten mit der neuen Marktwirtschaft haben.

Solène Dengler/Nini Tsiklauri/
Florian Kerschbaumer
Europe Lab: Gemeinsam
Europas Zukunft gestalten

Beim „Europe-Lab“-Workshop steht die Entwicklung und Umsetzung zivilgesellschaftlicher Projekte für die Zukunft Europas im Mittelpunkt. Ziel ist es, einen unabhängigen Raum für junge Menschen zu schaffen, in dem Initiativen und Möglichkeiten vorgestellt werden können, ein europäisches Bewusstsein geschärft wird, ein Meinungs austausch gefördert wird und gemeinsam nach konkreten Lösungen gesucht werden kann. Hier geht es um die Sache, hier geht es um die Zukunft Europas. Denn Europa ist kein fertiges Konzept, sondern viel mehr ein sich stetig wandelnder und vor allem veränderbarer Prozess. Die entscheidende Frage ist daher, wer der Motor dieser Veränderung ist. Unsere Antwort darauf fällt recht eindeutig aus: Wir, die Bürgerinnen und Bürger. Es gibt viele Mittel und Wege Teil dieses Veränderungsprozesses zu werden, dafür braucht es jedoch zukunftsweisende Ideen und Projekte für Europa. Eine Plattform zu bieten, um diese entwickeln zu können, ist das primäre Ziel der Europe Labs.

Europe Labs: Kreativraum für die Zukunft Europas

Europe Labs sind spezielle Workshops, die möglichst frei, partizipativ und interaktiv gestaltet werden sollen. Den TeilnehmerInnen wird die Möglichkeit geboten, die verschiedensten zivilgesellschaftlichen Ideen zu schmieden, sie weiterzuentwickeln und schließlich zur Umsetzung zu bringen. Das Besondere am Europe Lab-Konzept ist, dass es innerhalb kürzester Zeit – oftmals sogar binnen weniger Stunden – möglich ist, mit Menschen jeden Alters und jeden Hinter-

grunds konkrete zivilgesellschaftliche Projekte (Vorträge, Schulprojekte, Publikationen, Feste usw.) entwickeln zu können, sie vor Ort zu planen und die ersten Schritte Richtung Umsetzung zu unternehmen.

Die Ideen und die Vorstellungen, die die TeilnehmerInnen entwickeln sollen, werden nicht vorher vorgegeben und in irgendeiner Art und Weise beeinflusst. Je freier der Gedankenraum und -austausch ist, desto kreativere Ideen entstehen. Diese Form von Werkstatt ist interaktiv, kreativ und individuell gestaltbar, so dass auf die Wünsche und Bedürfnisse der TeilnehmerInnen optimal Rücksicht genommen werden kann.

Als spezifische Charakteristika der Europe Labs lassen sich vor allem zwei Aspekte identifizieren. Als erster zentraler Punkt ist dabei die Kreativität zu nennen. Die Europe Labs erheben in besonderer Weise den Anspruch an sich selbst, einen Raum und ein Umfeld zu schaffen, das „Out-of-the-box-Denken“ fördert. Jeder Mensch besitzt die Fähigkeit, etwas Kreatives und Großartiges in Gang zu setzen, das dem Miteinander in der Gesellschaft gut tut. Es war bisher jedes Mal faszinierend zu sehen, wie jede/r TeilnehmerIn auf ihre/seine ganz spezielle eigene Art und Weise auf eine Idee kommt, auf die man niemals selbst gekommen wäre. Es geht nicht nur darum, Europa zu verändern, sondern auch das Selbstbewusstsein der Menschen zu stärken und sie zu ermutigen, bei diesem Prozess aktiv zu werden. Dabei muss man einfühlsam vorgehen und etwas von der eigenen Motivation und dem eigenen Enthusiasmus übertragen. Die Zukunft Europas liegt nämlich in den Händen seiner MitbürgerInnen und nirgendwo anders. Um das Kreativitätspotenzial im Rahmen der Europe Labs optimal zur Entfaltung zu bringen, wird – je nach TeilnehmerInnen, Gruppengröße und Zeitressourcen – auf eine Vielzahl unterschiedlicher Methoden wie zum Beispiel Brainstorming und -writing, Mind-Mapping, Collage-Ansätze, Storytelling und -boarding usw. zurückgegriffen. Eine entscheidende Rolle kommt dabei der Workshopleiterin bzw. dem Workshopleiter zu, die/der in besonders reflektierter Art und Weise den Balanceakt der Kanalisierung des Kreativitätsprozesses bewerkstelligen muss, ohne dabei den Verlauf zu sehr von außen zu beeinflussen.

Das zweite wesentliche Kriterium des Future Labs ist der Anspruch, alle in dessen Rahmen generierten Ideen in eine Umsetzbarkeitsphase zu überführen und die TeilnehmerInnen zu bestärken, Verantwortung für ihre Ideen zu übernehmen und Motivations-

impulse zu setzen, diese in der Praxis zu realisieren. Daher bildet der letzte Teil eines Future Labs die Konkretisierung der Idee in einen Projektplan, der eine erste Skizze bzw. Anleitung zur Verwirklichung der Gedanken in der Realität bietet. Dies hat den Vorteil, dass die vorhandene Dynamik im Workshop genützt werden und sich unter den TeilnehmerInnen ein Unterstützungsnetzwerk ergeben kann, die sich bei ihren Vorhaben gegenseitig helfen.

Beim Pilotprojekt des „Europe-Lab“-Workshops im Oktober 2017 in Klagenfurt wurden die hier dargelegten Überlegungen noch einmal bestätigt. Aus den Köpfen der sechs jungen Teilnehmerinnen, die sich vorher als eher unpolitisch bzw. politisch unwissend bezeichnet hatten, haben sich innerhalb von drei Stunden drei innovative, konkrete zivilgesellschaftliche Projekte für den Raum Kärnten entwickelt.

To be continued

Seit Januar 2018 wird das Projekt als „Europe Lab Austria“ mithilfe des überparteilichen zivilgesellschaftlichen Vereins „Bürgerforum Europa“ in Wien, der auch die Räumlichkeiten zur regelmäßigen Durchführung für die Workshops bietet, umgesetzt. Das Europe Lab Austria Workshop findet regelmäßig jeden zweiten Mittwoch im Monat im Bürgerforum Europa in der Rathausstraße 11 in Wien statt und bringt junge Menschen verschiedener politischer Hintergründe an einem Tisch zusammen, um Ideen für die gemeinsame Sache, nämlich für Europa, zu entwickeln. Das Ziel hierbei ist das europäische Bewusstsein in Österreich zu stärken und einen überparteilichen Raum zu schaffen, in dem sich BürgerInnen für europäische Projekte einsetzen und sich miteinander vernetzen können. Als „Co-Working Space“, zum Weiterarbeiten der teilnehmenden Gruppen, sind die Räumlichkeiten zudem jeden Mittwoch ab 17 Uhr verfügbar.

Es sollen auch Menschen an anderen Orten in Österreich die Möglichkeit haben, an solchen Labs teilzunehmen. Je mehr europäische zivilgesellschaftliche Projekte in den Regionen entstehen, desto besser. Daher sind wir auch auf der Suche nach Kooperationspartnern vor Ort und freuen uns das Europe Lab gemeinsam mit Ihnen auch in Ihrer Gegend zu etablieren.



Abbildung 1:
 Beim Europe Lab im Rahmen der „Kärntner Gespräche zur demokratiepolitischen Bildung 2017“ entwickelten die TeilnehmerInnen innovative Projektideen für die Zukunft Europas.

Kurzbiographien der AutorInnen bzw. ReferentInnen



Solène Dengler ist Austrofranzösin, eine begeisterte Europäerin und Wienerin. Sie wuchs in Italien auf, studierte in Deutschland und England und arbeitet derzeit

als Umweltberaterin. Sie ist Co-Initiatorin der Initiative Pulse of Europe in Wien und nahm am March for Europe zum 60jährigen EU-Jubiläum in Rom teil. Sie bemüht sich, durch ihre verschiedenen Tätigkeiten und als Privatperson in Österreich und der EU eine kritisch-konstruktive Diskussion und innovative Ansätze für Europa zu fördern.



FH-Prof.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ habil. Susanne Dungs ist seit 2007 Professorin an der FH Kärnten mit dem Schwerpunkt Ethik und Sozialphilosophie. Von 2014 bis 2016 war

sie Rektorin der FH Kärnten und im Jahr 2017 übernahm sie die Leitung des Studienganges Disability & Diversity Studies an der FH Kärnten. Susanne Dungs studierte sowohl Soziale Arbeit, als auch Philosophie an der Technischen Universität in Darmstadt (D) und habilitierte selben Orts im Jahr 2013 mit einer Arbeit zum Thema „Die Optimierung des Mensch“.



Dr. Heinz Fischer, österr. Bundespräsident a.D. war von 2004 bis 2016 Bundespräsident der Republik Österreich. Davor war Dr. Fischer Wissenschaftsminister

sowie jahrzehntelang Nationalratsabgeordneter der Sozialdemokratischen Partei Österreichs. Von 1990 bis 2002 war er Präsident des Nationalrates. Fischer ist seit 2016 auch Präsident des Verbandes Österreichischer Volkshochschulen, diese Funktion hat er bereits von 1999 bis 2007 ausgeübt. Fischer hält Vorlesungen an der Universität Innsbruck, an der er sich vor beinahe 40 Jahren als Politikwissen-

schaftler habilitiert hat. Heinz Fischer ist auch Autor mehrerer Bücher für den fachwissenschaftlichen Diskurs.



Martin Gressl, Bildungssekretär und EDV-Beauftragter des ÖGB Kärnten; ab 2004 Jugendsekretär des ÖGB Kärnten; Beratung und Unterstützung für Lehrlinge, SchülerInnen sowie Präsenz- und Zivildienere; ab 2010 Landesbildungssekretär des ÖGB Kärnten; Vertretung des ÖGB Kärnten in diversen Fachgremien.



Dr. Horst Peter Groß, Philosoph und Unternehmensberater, Leiter des Institutes zur Förderung von Wissenschaft und Forschung (IFWF) der Kärntner Sparkasse AG.

Interventionsforschung und Beratung mit den Schwerpunkten Projekt- und Prozessmanagement, strategische Planung, Organisations- und Regionalentwicklung. 2003 bis 2008 Vorsitzender des Universitätsrates der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt; seit 1995 Präsident des Universitätsclub|Wissenschaftsverein Kärnten.



Dr. Peter Kaiser studierte Soziologie und Pädagogik, promovierte 1993 zum Doktor der Philosophie. Seine politische Laufbahn begann bei der Sozialistischen Jugend

und dem Österreichischen Jugendherbergsverband. Er war Kärntner Landtagsabgeordneter, ist seit 2008 Mitglied der Kärntner Landesregierung und seit März 2013 Kärntner Landeshauptmann. Dieses Amt übt er neben weiteren Positionen (stellvertretender Bundesparteiohmann) in der Sozialdemokratischen Partei Österreichs aus. Er erhielt 2016 das Große Silberne Ehrenzeichen am Bande für Verdienste um die Republik.



Mag. phil. Florian Kerschbaumer, Mitarbeiter an der Fakultät für Bildung, Kunst und Architektur der Donau-Universität Krems; Lehrbeauftragter an der

Alpen-Adria-Universität Klagenfurt und der Pädagogischen Hochschule Kärnten; Arbeits- und Forschungsschwerpunkte: Geschichte sozialer Bewegungen, Politische Bildung und soziale Netzwerkforschung.



FH-Prof. Mag. (FH) Mag. Dr. Martin Klemenjak, Professur für Soziale Arbeit mit dem Schwerpunkt Erwachsenenalter und Erwerbsleben an der Fachhochschule Kärnten;

wissenschaftliche Leitung des Zertifikatslehrganges „Soziale Handlungskompetenzen für die Betriebsratstätigkeit“ an der Fachhochschule Kärnten; Lektor an der Fachhochschule Salzburg und an der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt am Standort Wien; Arbeits- und Forschungsschwerpunkte: Berufs- und politische Erwachsenenbildung sowie Sozialpolitik und -management.



Dr. in Hajnalka Nagy ist Literaturwissenschaftlerin und Assistenzprofessorin am Institut für Germanistik, Abteilung Fachdidaktik an der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt.

Nagy hat mehrere Lehraufträge an diversen Universitäten in Österreich und darüber hinaus. Ihre Forschungsschwerpunkte: Transkulturelle Erinnerungskulturen; literarische Kompetenzen; Österreichische Literatur des 20. und 21. Jahrhunderts; Kinder- und Jugendliteratur aus dem Süden; Literatur und Migration; Literaturunterricht im Zeichen von Globalisierung und Mehrsprachigkeit uvm.



Mag. phil. Heinz Pichler, Bildungsexperte und Erwachsenenbildner in der Kammer für Arbeiter und Angestellte in Kärnten; Vortragender an den Kärntner Gewerkschafts-

schulen, der Fachhochschule Kärnten und der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt. Nebenberufliches Engagement u.a. im sozialökonomischen Beschäftigungsprojekt „Soziale Betriebe Kärnten“ sowie Gründungsmitglied und Vorstand beim „Kärntner Netzwerk gegen Armut und soziale Ausgrenzung“.



Teresa Präauer ist Autorin und bildende Künstlerin und lebt in Wien. Sie studierte Malerei und Germanistik in Salzburg, Berlin und Wien. Ihr Roman

„Für den Herrscher aus Übersee“ wurde sie 2012 mit dem aspekte-Literaturpreis für das beste deutschsprachige Prosadebüt ausgezeichnet. Im Herbst 2014 erschien der Künstlerroman „Johnny und Jean“, ausgezeichnet mit dem Droste-Literaturförderpreis und dem Förderpreis zum Hölderlinpreis 2015. 2016 lehrte sie als Gastprofessorin an der FU Berlin, 2017 als Visiting Professor am Grinnell College in den USA. Teresa Präauer schreibt regelmäßig für Zeitungen und Magazine.



Mag. a Dr. in Josefine Scherling, MA, Bildungswissenschaftlerin an der Pädagogischen Hochschule Kärnten – Viktor Frankl Hochschule; Lektorin am Zentrum für

Friedensforschung und Friedenspädagogik der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt; Arbeits- und Forschungsschwerpunkte: Politische Bildung, Menschenrechtsbildung, Global Citizenship Education.



Marcus Strohmeier studierte Politikwissenschaften an der Universität Wien. Währenddessen wirkte er an mehreren politischen Projekten im In- und Ausland mit.

2003 übernahm er die Leitung internationaler Projekte im Österreichischen Gewerkschaftsbund und war zeitgleich Verantwortlicher für Politische Bildung sowie Kunst- und Kultur im ÖGB. Seit 2012 ist Marcus Strohmeier Leiter des internationalen Referats und internationaler Sekretär des Österreichischen Gewerkschaftsbundes.



Nini Tsiklauri ist Schauspielerin, politische Aktivistin und leidenschaftliche Europäerin. Geboren in Tiflis, aufgewachsen in Ungarn und Deutschland, studiert sie

derzeit Politikwissenschaften in Wien. Mit der AutorInnengruppe „The Young European Collective“ publiziert sie Aufrufe an die junge europäische Generation wie das Buch „Who, If Not Us?!“ oder der in der ZEIT erschienene Artikel „Jugend Europas, vereinigt euch!“. Weiters ist sie Co-Initiatorin von #PulseofEurope Wien oder engagiert sich für die Kampagne #FreeInterrail.



Dr. Stefan Vater studierte Soziologie und Philosophie an den Universitäten Linz, Salzburg, Wien und Berlin. Seine Lehraufträge erstrecken sich über mehrere Themenbereiche wie zum Beispiel der gender-spezifischen Pädagogik, (feministische) Bildungssoziologie, politische Ökonomie uvm. an Universitäten in Österreich und der Schweiz. Seit 1998 ist Stefan Vater wissenschaftlicher Mitarbeiter der Pädagogischen Arbeits- und Forschungsstelle

des Verbandes Österreichischer Volkshochschulen. Vater ist Vorstandsmitglied der Initiative Minderheiten und Sprecher der Sektion Bildungssoziologie der Österreichischen Gesellschaft für Soziologie.



MMag. Katharina Zimmerberger, Studium der Erziehungs- und Bildungswissenschaften mit Schwerpunkt Berufs- und Erwachsenenbildung sowie Sozial- und

Integrationspädagogik an der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt. Trainerin und Sozialpädagogin, seit 2012 Projektkoordination der Lehrgänge zum Nachholen des Pflichtschulabschlusses und seit 2017 Pädagogische Leitung „Projekte“ an den Kärntner Volkshochschulen.

Diese Ausgabe der Schriftenreihe „Arbeit & Bildung“ wurde in Kooperation mit dem Studiengang Soziale Arbeit der Fachhochschule Kärnten, der Pädagogischen Hochschule Kärnten – Viktor Frankl Hochschule, dem Verband Österreichischer Gewerkschaftlicher Bildung, den Kärntner Volkshochschulen, dem Landesschulrat für Kärnten und dem Universitäts.club|Wissenschaftsverein Kärnten erstellt.

ISBN-Nr.: 978-3-200-01985-0

Impressum:

Herausgeber, Medieninhaber und Verleger:
Kammer für Arbeiter und Angestellte für Kärnten
9021 Klagenfurt am Wörthersee, Bahnhofplatz 3

FH-Prof. Dr. Martin Klemenjak
Mag. Heinz Pichler

Die Verantwortung für die einzelnen Beiträge
liegt bei den jeweiligen AutorInnen.

Gestaltung: GAPasterk
Druckerei: Paul Gerin KG
Juli 2018